

interkulturell aktuell

SSIP Mitteilungen

Jg. 64 (2022) H. 1–2

ISSN 2567-5907

Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für Interkulturelle Perspektiven e.V.
gegründet 1959



Aus dem Inhalt:

- Verfeindungspotenziale
in der Corona-Gesellschaft
- Krieg im Europäischen Haus
- Europa-Erklärung des SSIP
- 2014 – Cultural Diplomacy gefragt
- Szenarien einer böseren Welt

Übersicht

✂	Politik interkulturellen Handelns.....	2
🏛️	Interkulturelle Bildung	15
	E. Europa	18
	F. Aus der Forschung.....	22
	I. Islam, Muslime und Mittlerer Osten.....	25
	K. Konvivenz, Kooperationen.....	26
	M. Migration, Diaspora.....	28
	R. Religion.....	33
	W. Weltinnenpolitik.....	35
	SSIP e.V. Mitglieder-Nachrichten	42
	Impressum.....	43

✂ Politik interkul- turellen Handelns

P1/2022-1_2 **Verfeindungspotenziale in der Corona- Gesellschaft**

Die Jahre 2020 und 2021 boten für eine ethnologisch und soziologisch informierte Theorie der interkulturellen Kommunikation ein reichhaltiges, wenn auch bedrückendes Anschauungsmaterial.

Warum lag seit 2020 soviel Sprengkraft in der Frage des Masketragens bzw. des Impfens gegen Sars-CoV-2? Warum verfeindeten sich Familien über diese Fragen, warum zerbrachen Freundschaften, warum wurde die Gesellschaft gespalten – auf der einen Seite Regierungsvertreter, Politiker, Virologen und Mediziner, auf der anderen Seite Kritiker der Regierungsmaßnahmen, die als „Coronaleugner“, Maskengegner, als „Covidioten“ beschimpft wurden, Impfgegner, die als Bedrohung anderer ausgegrenzt und zu Feinden der Gesellschaft erklärt wurden? Der öffentlich verbreiteten Feindmachung durch Politiker folgte auf dem Fuß oftmals die Feinderklärung im privaten Bereich. Warum entstand so in nur wenigen Monaten eine alles überlagernde Freund-Feind-Unterscheidung, eine Gesellschaft der Denunziation und gegenseitiger Beschuldigungen?

Dieses Phänomen haben wir in dieser Ausprägtheit seit dem Ersten Weltkrieg nicht mehr erlebt, obwohl es ähnliche **Phasen der Verfeindung** in der Bundesrepublik nach 1945 gegeben hat, etwa die zum politischen Credo gewordene Feindseligkeit gegenüber dem „Bolschewismus“ in der Adenauer-Ära, das Ressentiment der selbstgefälligen Aufbaugeneration gegen die „langhaarigen Affen“ der Studentenbewegung und die bürgerliche Furcht vor den APO-Terroristen. Es zu erklären, wird die Forschung noch lange beschäftigen.

Wie Bürger sich gegen Bürger in Stellung brachten und die einen die anderen beschimpften und ächteten, hat Armin Triebel an Hand einer kommunikativen Mikrosituation, die sich zwischen dem 30.7. und dem 6.8.2020 auf der Plattform „nebenan.de“ zutrug, untersucht:

Armin Triebel, Die Destabilisierung von Demokratien. Eine Diskursanalyse, in: *Kritische Gesellschaftsforschung* (ISSN: 2751-8922), Ausgabe #01, Juli 2022 (<https://www.kritischesgesellschaftsforschung.de/Journal/Article/1/2>), englisch: *The Destabilization of Democracies. A Discourse Analysis* (<https://www.criticalsocietystudies.com/Journal/Article/59/24>).

Eine spontane Bestandsaufnahme einschlägiger Äußerungen der Feindschaft und Verfeindung haben der Schweizer Burkhard Müller-Ullrich und Freunde mit der Internet-Seite <http://ich-habemitgemacht.de> unternommen, auf der sie seit 2020 entsprechende Zitate von Personen des öffentlichen Lebens in Talkshows, Zeitungen, im Internet oder in öffentlichen Reden sammelten. Auf der Grundlage dieses Textbestandes haben zwei Journalisten und Medienwissenschaftler, Marcus Klöckner und Jens Wernicke, eine Auswahl getroffen und in einer Veröffentlichung ausgekoppelt, die inzwischen in dritter Auflage erschienen ist.

Marcus Klöckner / Jens Wernicke, „*Möge die gesamte Republik mit dem Finger auf sie zeigen*“. *Das Corona-Unrecht und seine Täter*, 3. Auflage, München: Rubikon 2022, 194 Seiten, ISBN 978-3-96789-034-1, 20 €.

Die von den Herausgebern ausgewählten Zitate geben die Atmosphäre der Verfeindung und Verfemung, die seit 2020 in der Bundesrepublik geherrscht hat und die langsam Geschichte, an die sich viele nicht mehr erinnern können oder wollen, werden wird, wieder. Es ist erstaunlich, wie sehr **Aggression und Hass** aus den Worten von Personen sprechen, die gemeinhin als rechtschaffene Vertreter der liberalen Demokratie betrachtet werden, und wie rasch bei ihnen autoritäre Wendungen hinter liberaldemokratischen Kulissen hervordrängen. Manche Äußerungen erreichen die Qualität von **Volkshetze** („Aasgeier der Pandemie“, „Sozialschädling“). Bedrückend ist die verbreitete Bereitschaft, ein als höherwertig gesetztes Kollektiv, das Anmutungen von **Volksgemeinschaft** hat, der individuellen Freiheit und Würde des Einzelnen entgegenzustellen. Dabei wird gegen die individuelle Freiheit **populistisch** die Masse und ihre Überzeugungen ausgespielt, wobei in vielen Fällen als Maßstab eine unreflektierte Art von „gesundem Volksempfinden“ dient. Drittens wird in vielen Zitaten **Freiheit** geradezu zu einem Kampfbegriff, der, wie die Herausgeber eine Kolumnistin der *Frankfurter Rundschau* zitieren, „inflationär durch die Corona-Krise geistert“.

Als überraschend dünn erweist sich im Gesamtbild bei vielen Personen des öffentlichen Lebens der Firnis demokratischen Bewusstseins. Ein gewisses Maß von Angst reicht schon, aus stolzen Vertretern der liberalen Demokratie verbissene Exekutoren des „gesunden Volksempfindens“ zu machen. Man



sehe sich z.B. die kurze Passage einer Talkshow bei *Bild TV* an, wo der greise Liberale **Gerhart Baum** angesichts des Bundestags-Beschlusses, die Pflicht des Masketragens abzuschaffen, alle *contenance* verliert und noch 2022 lamentiert, als ob es ihm nicht freigestellt wäre, selber Maske zu tragen, so lange und so oft er will:

Ich fühle mich unmittelbar betroffen. Ich bin fast 90, ich trage eine Maske, ich gehe einkaufen, alle tragen Masken. Künftig tragen sie das nicht mehr. Ich bin dem Risiko egoistischer Ungeimpfter ausgesetzt, die sich auf Kosten der Allgemeinheit eine sogenannte Freiheit erkaufen.

Dafür, dass in der deutschen Gesellschaft genug **Angst** entstand, hat im Auftrag von Bundesinnenminister Seehofer unter anderem der bekannte, gerade emeritierte Soziologe **Heinz Bude** gesorgt, der in seinen zahlreichen Büchern und öffentlichen Auftritten ansonsten für achtsame Freundlichkeit und präzise Analysen bekannt ist.

Die Auskopplung von Marcus Klöckner und Jens Wernicke enthält etwas mehr als 100 Zitate, von denen der Verfasser dieser Zeilen die 91, die aus einer zusammenhängenden Sequenz bestehen, herausgezogen hat. Die Personen, die diese 91 Äu-

ßerungen getätigt haben, sind zehn gesellschaftlichen Aktionsbereichen zuzuordnen:

Caritas, soziale Fürsorge usw.	4	4,4
Handel, Gewerbe, Industrie	5	5,5
Journalismus, Medien	24	26,4
Kultur, Theater	8	8,8
Medizin	8	8,8
andere Naturwissenschaften	1	1,1
Politisches Leben	37	40,2
Recht, Verwaltung	1	1,1
Sportverbände usw.	1	1,1
philosophische Wissenschaften	2	2,2
ohne Zuordnung	1	1,1
Summe	N = 91	100

Man sieht: Von beleidigenden, hasserfüllten oder verspottenden Äußerungen kamen 40 % von **Politikern** aus dem Spektrum von CDU, FDP, Grünen, SPD und 26 % von Journalisten.

Die Quellenangaben für die im Folgenden aus dem Band von Klöckner / Wernicke zitierten Äußerungen befinden sich dort in den jedem Kapitel beigegebenen Anmerkungen.

A) Personen des politischen Lebens

Ich bin nahe dran zu sagen: Der Gesetzgeber ist in Ermangelung anderer effektiver Möglichkeiten nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, eine Impfpflicht einzuführen. Es ist ein kleiner Pieks für den Einzelnen für die große Freiheit aller.«

Peter Biesenbach (CDU), Justizminister NRW

Wer die Wirkung der Impfung bestreitet, handelt völlig verantwortungslos und ruft negative, gesellschaftliche Konsequenzen hervor.

Andreas Bovenschulte (SPD),
Bürgermeister Bremen

Sorry, aber ich bin genervt & wütend darüber, dass es nach über 2 Jahren Pandemie & Monaten der Diskussion immer noch keine allgemeine Impfpflicht geben wird.

Timon Dzienus (DIE GRÜNEN), Bundessprecher
der GRÜNEN JUGEND

Ihre individuelle Freiheit endet dort, wo meine beginnt, wo die kollektive Freiheit beginnt. Und Ihre

persönliche Entscheidung, sich nicht impfen zu lassen, beeinflusst mein Leben, beeinflusst das Leben von Millionen Menschen in der Bundesrepublik. Nicht die Impfpflicht ist die Zumutung, sondern keine Impfpflicht ist die Zumutung - die Zumutung für die solidarische Mehrheit. [...] Es muss hier um die Impfpflicht für alle Erwachsenen gehen, nicht ab einer willkürlichen Altersgrenze. Denn alle Menschen, egal welchen Alters, übertragen das Virus stärker, wenn sie ungeimpft sind. [...] Wir arbeiten hier an der Herdenimmunität, und deswegen nehme ich Sie jetzt in die Pflicht. Lassen Sie sich impfen - für die Kinder, die Jugendlichen, für unsere Freiheit! [...] Denn Impfen darf keine Individualentscheidung mehr sein.

Emilia Fester (DIE GRÜNEN), MdB

Es gibt ja einige [...], für die die allgemeine Impfpflicht [...] immer ein Riesenproblem war. Für die wird es jetzt ein bisschen einfacher. Da gibt es nämlich eine Anweisung, und dann muss man das machen.

Katrin Göring-Eckardt (DIE GRÜNEN), MdB



Ihr seid jetzt raus aus dem gesellschaftlichen Leben.

Tobias Hans (CDU),
Ministerpräsident des Saarlands

„Spaziergänge“ sind keine demokratische Meinungsäußerung.

Florian Hartmann SPD,
Oberbürgermeister Dachau

Was mich wie viele andere Menschen sauer macht ist, wie jetzt in der vierten Welle das Land auszubügeln hat, was diese Impfverweigerer angerichtet haben. Seit der Rechtspopulismus mit der AfD in unsere Normalität eingedrungen ist, wird eine politische Tradition in Deutschland wieder deutlich. Das Zurückweichen vor dem Mob, besonders wenn er von rechts kommt. Wutbürgerinnen und Wutbürger, das Grölen der Straße, die Verschwörungsideologie, von der ich manchmal denke, dass die Grölenden selbst sie nicht glauben können, ja selbst Gewalt und Drohungen – und was tut die Politik? Sie weicht zurück. Sie nimmt Rücksicht und wählt Maßnahmen und Worte mit Vorsicht.

Anetta Kahane (DIE GRÜNEN),
Journalistin, Autorin, Vorsitzende der
Amadeu Antonio Stiftung

Demonstranten, die Corona-Proteste zur Diffamierung staatlicher Institutionen nutzen: Aasgeier der Pandemie.

Winfried Kretschmann (DIE GRÜNEN),
Ministerpräsident von Baden-Württemberg

Impfgegner und Querschwurbler treten unsere #Freiheit und unsere #Demokratie mit Füßen. Für ihr Handeln bringe ich keinerlei Verständnis mehr auf.

Patrick Kunkel (CDU), Bürgermeister Eltville

Es wird ja niemand gegen seinen Willen geimpft. Selbst die Impfpflicht führt ja dazu, dass man sich zum Schluss freiwillig impfen lässt.

Karl Lauterbach (SPD),
Bundesgesundheitsminister

Der Alltag für Ungeimpfte muss unangenehmer sein

Claus Ruhe Madsen, Oberbürgermeister HR

[...] würde ungeimpfte Über-60-Jährige gegenüber jüngeren priorisieren und schlägt eine Nachweispflicht gegenüber dem Arbeitgeber oder der Ren-

tenkasse vor. Wer bis 15. Januar keine Erstimpfung vorweisen kann, erhält kein Geld mehr bis zur Vorlage der Impfbescheinigung.

Für Leute wie Sie muss die Impfpflicht her. Wenn nötig, bis zur Beugehaft

Boris Palmer (DIE GRÜNEN),
Oberbürgermeister Tübingen

Es darf keine roten Linien geben, das hat uns diese Pandemie nun wirklich gezeigt.

[In der Regierungserklärung:] Eine kleine, extremistische Minderheit hat sich von unserer Gesellschaft, unserer Demokratie, unserem Gemeinwesen und unserem Staat abgewandt, nicht nur von Wissenschaft, Rationalität und Vernunft. [...] Unsere Gesellschaft ist nicht gespalten.

Olaf Scholz (SPD), Bundeskanzler

Das ist keine Diskriminierung der Nicht-Geimpften. [...] Aber die nicht geimpfte Person muss auch einsehen, dass wir die Gesamtgesellschaft schützen müssen und deshalb nur die Geimpften zu größeren Gemeinschaftsveranstaltungen zulassen können.

Horst Seehofer (CSU), Bundesinnenminister

Der Spaziergang hat seine Unschuld verloren. Jedenfalls gilt das für die letzten Monate.

Und: Ich sehe aber mit Sorge, dass radikale, vor allem rechtsextreme Kräfte, denen es nicht um Corona geht, sondern die unseren demokratischen Rechtsstaat angreifen, dass die die Proteste für ihre Zwecke instrumentalisieren und zunehmend andere vor ihren demokratiefeindlichen Karren spannen. [...] Ich bin sicher, die Impfpflicht-Debatte wird nicht das letzte Thema sein, mit dem extreme Kräfte versuchen werden, den vergifteten Stachel in unsere Demokratie zu treiben.

Frank-Walter Steinmeier (SPD), Bundespräsident

Kein Impfgegner wird wie ein Staatsfeind behandelt. Er darf nur, hoffentlich bald, nicht mehr unter die Leute gehen, weil er ein gefährlicher Sozialschädling ist. Aber er hat die Freiheit, sich nicht impfen zu lassen. Aber er hat nicht die Freiheit, mich zu gefährden.

Rainer Stinner (FDP)

Wir, die Unterzeichnenden dieser Erklärung, wenden uns gegen eine Verharmlosung der sogenannten „Spaziergänge“, die keine zufälligen Treffen

oder abendliche Erholungsrunden darstellen, sondern nicht angemeldete Demonstrationen und Aufmärsche.

Thorsten Stolz, Landrat des Main-Kinzig-Kreises

Dass wir mit der notwendigen Konsequenz vorgehen gegen den Kreis von Mitgliedern unserer Gesellschaft, von denen nun einmal nachweislich das Risiko für den Rest der Gemeinschaft ausgeht und das ist - ich sage es nicht gerne - die Gruppe der Ungeimpften, die nach wie vor viel zu groß ist.

Stephan Weil (SPD),
Ministerpräsident Niedersachsen

Wir wollen als Gewerkschaft Gesicht zeigen und gegen die unerträglichen Äußerungen von Impfgegnern und Rechten unsere Stimme erheben. Nur

dann, wenn wir solidarisch zusammenstehen, werden die Pandemie und ihre Folgen zu meistern sein.

Frank Wolf, ver.di Landesbezirk
Berlin-Brandenburg

Immun gegen Fakten. Organisierte Impfgegnerschaft als Demokratiegefährdung.

Noemi Trompeter, Amadeu Antonio Stiftung

Es geht darum [...], den Geimpften zu zeigen: Wir lassen das nicht länger zu, dass Menschen ihre individuelle Freiheit über die Freiheit der gesamten Gesellschaft stellen. Jetzt kümmern wir uns um die Nichtgeimpften und führen eine Impfpflicht ein.

Hendrik Wüst (CDU), Ministerpräsident NRW

Im Laufe der zwei Jahre 2020 und 2021 zogen die Medien eine nicht evidenz-basierte Verbindung zwischen Kritik an den Regierungsmaßnahmen und politisch rechtsgerichteter Gesinnung. Dem folgte die Stadtmarketing und Tourismus GmbH von Bad Nauheim, wenn sie plakatierte:

Heute Abend leuchtet Bad Nauheim nicht so bunt und hell, wie ihr es gewohnt seid. Wir [...] setzen ein Zeichen gegen Impfgegner, Coronaleugner, Maskenverweigerer und rechtes Gedankengut. In diesem Zusammenhang ruft auch der Ausländerbeirat der Stadt Nauheim zu Solidarität auf.



BAD NAUHEIM
Die Gesundheitsstadt



Die Haupttreiber von Feindlichkeit waren hinter Politikern Journalisten. Verfemende und Hass-Äußerungen von Journalisten machen in der obigen Statistik die zweitstärkste Gruppe aus:

B) Journalisten

Sind Sie es nicht langsam satt, dieses ewige Corona-Gerede und -Geschreibe, liebe Leser? Wir in der Redaktion auch. Aber es hilft ja nix, wenn uns jetzt dank vieler hartnäckiger Impfverweigerer der nächste Corona-Winter blüht. [...] Es ist leicht, die Schuld an allem Corona-Ärger bei der Politik zu suchen. Die hat aber ihren Teil getan - die Zeit überbrückt, bis sich jeder, wirklich jeder, impfen lassen konnte. [...] Gehen Sie impfen, lassen Sie sich mit der dritten Dosis boostern. Die einzige Alternative ist, dass Sie sich früher oder später anstecken, und dazu vermutlich ein paar Andere. Die Intensivstationen sind voll. Wie risikobereit und egoistisch sind Sie?

Josef Ametsbichler,
Redakteur MEDIEN-GRUPPE
MÜNCHNER MERKUR / tz

Neue Zugangsbeschränkungen, diesmal aber nur für Umgeimpfte, bleiben damit möglich. Auch Gratis-Tests werden nicht ewig vom Steuerzahler zu finanzieren sein. Das ist keineswegs die von Impfgegnern beklagte „Impfpflicht durch die Hintertür“ und erst recht keine „Apartheid“, sondern der legitime Versuch des Staates, der Mehrheit ein halbwegs normales Leben zu ermöglichen und sich selbst vor einer Überforderung durch die Minderheit zu schützen.

Georg Anastasiadis, Chefredakteur
MÜNCHNER MERKUR, CHIEMGAU ZEITUNG

All diesen Spinnern und Coronakritikern sei gesagt: Es wird keine Normalität mehr geben wie vorher.

Rainald Becker, Fernsehjournalist, ARD, SWR

Ich hingegen möchte an dieser Stelle ausdrücklich um gesellschaftliche Nachteile für all jene ersuchen, die freiwillig auf eine Impfung verzichten. Möge die gesamte Republik mit dem Finger auf sie zeigen.

[An anderer Stelle:] Der Lockdown für alle kommt, das Hoffnungs-Narrativ der Politik zerbröseln. Wehe, wenn die Geimpften jetzt zornig werden.

Nikolaus Blome, Kolumnist *Spiegel Online*

Wenn Mitarbeiter im Gesundheitswesen sich schon nicht in Verantwortung für ihre eigene Gesundheit impfen lassen, so sollten sie es aus Fürsorge und zum Schutz ihrer Patienten tun. Ist ihnen dies gleichgültig, muss der Gesetzgeber Patienten und Mitarbeiter schützen, auch wenn das einem Berufsausübungsverbot gleichkommt.

Petra Bühring, Journalistin
Deutsches Ärzteblatt

Und dann gibt es ja immer noch die sogenannten Spaziergänger, die gegen die Corona-Maßnahmen demonstrieren. Leute, die auch das Gefühl haben, in einer Diktatur zu leben. Ich finde es wirklich beeindruckend, dass diese Menschen sich einfach durch rein gar nichts aufhalten lassen — nicht einmal dadurch, dass morgen die meisten Corona-Auflagen enden. [...] Ich will hier nicht den Eindruck erwecken, ich hielte Querdenker für dumm. [...] Ich halte sie für alternativintelligent.

Christian Ehring, Kabarettist,
Moderator von EXTRA3 (NDR)

Herzlichen Dank an alle Ungeimpften. Dank Euch droht der nächste Winter im Lockdown. [...] Die angekündigten Maßnahmen in Sachsen und Bayern sind ein Schlag ins Gesicht für alle, die in den vergangenen Monaten solidarisch waren, die sich haben impfen lassen. [...] Alle Impfverweigerer müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, an der derzeitigen Situation mit schuld zu sein. Sie tragen Mitverantwortung dafür, dass die Gesellschaft wieder unter Druck gerät. Und sie müssen sich fragen, welche Mitverantwortung sie haben an den wohl tausenden Opfern dieser Corona-Welle. Viel zu lange haben die politisch Verantwortlichen gezögert. Sie hätten viel früher den Druck auf Ungeimpfte erhöhen müssen [...]

Sarah Frühauf,
Journalistin MDR, *Tagesthemen*

Und für Zeitgenossen, die sich danach immer noch nicht impfen lassen wollen, hat man im Reich der

Mitte auch wirksame Überzeugungsstrategien entwickelt, mit Methoden ohne den aufwändigen Postweg [der schriftlichen Einladung].

Heinz Gorr, Redakteur,
Bayerischer Rundfunk

Die Impfverweigerer nehmen eine ganze Gesellschaft in Geiselhaft, denn es ist ja unfassbar, wie viele Tote es gibt, wie unser Gesundheitssystem überfordert wird, wie Leute, die dringend Operationen brauchten, nicht drankommen. Und ganz wichtig: die ökonomischen Folgen für Millionen Menschen.

Günther Jauch, Fernsehmoderator

Einer der Vorteile, wenn ich nach dem Jahresende nicht mehr aktiv bin, dass ich nicht mehr aus beruflichen Gründen beobachten muss, wie durchgeknallte Schwurbelmenschen und CovidiotInnen Social media-Threads von Fernsehsendungen kapern, um ihre menschenverachtende Ideologie unter die Leute zu bringen, obwohl sie sich in ihrem kleinen erbärmlichen Leben nur durch Wendler, Hildmann und Schlimmeres „informieren“ lassen.

Jörg Kachelmann, Fernsehmoderator,
Sachbuchautor, Journalist, Unternehmer

Sich nicht impfen zu lassen, ist ein Angriff auf die Freiheit all jener, die trotz Corona ihren Alltag zurückhaben wollen. So sollte es auch geahndet werden. Wer sich nicht an die Impfpflicht hält, muss Nachteile erfahren, die über Geldstrafen hinausgehen. Er wird nicht mehr mit Bussen und Bahnen fahren oder fliegen dürfen und seinen Beruf ausüben können. Eine Impfpflicht muss Rechtssicherheit schaffen, Ungeimpfte aus allen Teilen des öffentlichen Lebens auszuschließen, so hart das klingt.

Jürgen Klöckner, Hauptstadtkorrespondent *Handelsblatt*

Auch Querdenker, Spaziergänger und andere Staatsfeinde haben Energiekrise und Inflation als neues Betätigungsfeld für sich entdeckt. Man kann getrost davon ausgehen, dass bei der Stimmungsmache gegen die Demokratie erneut aus Russland gesteuerte Trolle aktiv werden. Unsere Gesellschaft ist aus vielen Richtungen angreifbar. Der durch den Krieg in Gang gesetzte Wohlstandsverlust ist besonders gefährlich, weil er sozialen Sprengstoff in einem Ausmaß birgt, den die Mehrheit der Gesellschaft bislang nicht erlebt hat. Zugleich stehen genug Demokratiefeinde bereit, auf den existenziel-



len Sorgen der Menschen ihr politisches Süppchen zu kochen. Dem wird man nicht allein mit dem hohen Lied auf Demokratie und Freiheit begegnen können. Es wird immer wieder den Beweis brauchen, dass die demokratischen Kräfte handlungsfähig sind.

Eva Quadbeck, *Redaktionsnetzwerk Deutschland*,
stellvertretende Chefredakteurin und
Leiterin der Hauptstadtreaktion

Es gibt einfache Fakten, die nicht bestreitbar sind. Das Virus existiert, auch wenn man es nicht sieht. Das Virus kann töten. Das Virus lässt sich durch Impfstoffe eindämmen und das kann Leben retten. Die Impfstoffe wirken, auch wenn man als Laie nicht genau begreift, wie. Wer das bezweifelt, dem sollte man [...] mit „zivilisierter Verachtung“ begegnen.

Jochen Rack, *Deutschlandfunk*

Es gibt nicht nur eine Freiheit von der Maske. Sondern auch eine Freiheit zur Maske. Dummerweise hindert aber auch niemand einen Ungeimpften daran, keine Maske zu tragen. [...] Ich habe mich im Restaurant bei 3G halbwegs sicher gefühlt und bei 2G noch sicherer. Jetzt gibt es gar kein G mehr, und ich überlege, ob ich noch Essen gehen sollte. Was, wenn sich mit mir fünf Ungeimpfte, Ungenesene, Ungetestete über ihre Fischsuppe beugen?

Ulrich Reitz, Korrespondent,
Focus Online

Wer sich nicht impfen lässt, gefährdet nicht nur sich selbst, sondern auch andere. Dafür gibt es keine Rechtfertigung. Wir verfügen heute über Impfstoffe, die so sicher sind, wie Impfstoffe eben sein können. Ihr Nutzen überwiegt ihre Risiken deutlich. Wer die Impfung verweigert, handelt deswegen unsolidarisch.

Axel Richter, Journalist
Remscheider General Anzeiger

Die Verweigerung der Impfung verursacht Kosten, die der Allgemeinheit aufgebürdet werden. Insofern ist es keine Privatangelegenheit, wenn sich in Deutschland immer weniger Menschen impfen lassen, obwohl es immer mehr Impfstoff gibt – und dadurch eine Herdenimmunität in die Ferne rückt. So wie die Einleitung des Abwassers keine Privatangelegenheit des Fabrikbesitzers ist, wenn der Fischer deshalb nicht mehr fischen kann.

Mark Schieritz, Redakteur *DIE ZEIT*

Nena unkritisch abfeiern? Ganz schlechte Idee. [...] Und in diesem Fall sollte ein öffentlich-rechtlicher Sender wirklich darüber nachdenken, ob eine Sängerin mit Verbindungen zum „Querdenker-Milieu“ wirklich ein angemessener Gast für eine Samstagabendshow ist. Erfolgreichste Sängerin hin oder her: Schunkeln kann man auch ohne Nena.

Matthias Schwarzer,
Redaktionsnetzwerk Deutschland

Geimpfte Schüler schneiden bei Wissenstest in Freiburg besser ab. Eine Online-Umfrage in Freiburgs Schülerschaft belegt: Die Mehrheit befürwortet die Masken- und Testpflicht in der Schule – sowie die Impfpflicht.

Stephanie Streif, Redakteurin *Badische Zeitung*

„Freiheit“, wie sie inflationär durch die Krise geistert, wird diametral zu Corona-Maßnahmen gesehen und dient entsprechend als Kampfbegriff, der Einschränkungen mit „Diktatur“ assoziiert. Dabei geht es, mal die Verhältnisse geraderückend, aktuell um eine Unfreiheit insofern, als dass beispielsweise Ungeimpfte nicht ins Kino oder Restaurant dürfen. Sie müssten sich halt impfen lassen, nehmen sich aber genau die Freiheit in dieser verfluchten „Diktatur“, ebendies nicht zu tun.

Katja Thorwarth, Kolumnistin
Frankfurter Rundschau

Was es jetzt braucht, ist nicht mehr Offenheit, sondern ein scharfer Keil. Einer, der die Gesellschaft spaltet. Richtig und tief eingeschlagen, trennt er den gefährlichen vom gefährdeten Teil der Gesellschaft.

Christian Vooren, Redakteur *ZEIT Online*

Es ist schon traurig, dass Menschen sich wie der Suppenkasper weigern, die Infektionsbrühe auszulöffeln, die ihr Verhalten uns eingebrockt hat. Nein, ihr seid nicht das Volk. Nein, ihr seid auch nicht die Stimme des Volks. Ja, die Mehrheit wünscht sich einen Kanzler, der die Corona-Politik nicht nur fortsetzt, sondern sogar noch härtere Maßnahmen durchsetzt. Fest steht: Wir sind grundsätzlich unterschiedlicher Meinung. Richtig ist: Ihr seid wenige, wir viele. Deswegen kann ich nur in einem dem Twittermob zustimmen: Besser im Netz sich versammeln als auf der Straße. Da steckt ihr euch nur mit Dummheit an, aber nicht mit dem Virus.

Martin Zeyn, Redakteur, *Bayerischer Rundfunk*



Auf Äußerungen aus der Kulturszene soll besonders hingewiesen werden, weil es das Vorurteil will, dass Kulturschaffende besonders sensibel und

achtsam auf Krisensituationen der Gesellschaft reagieren. Das war, wie man lesen kann, bei vielen, auch sehr bekannten Namen nicht der Fall.

C. Kulturszene

Und wenn ich dafür im Sommer in eure Hood kommen muss, um euch den Impfsaft höchstpersönlich in die Arme zu bolzen.

Felix Kummer, Sänger der Band KRAFTKLUB

Hat jemand eine Idee, wie wir jemals aus dieser Pandemie kommen sollen, wenn sich Millionen von ultra-asozialen Vollidioten einfach nicht impfen lassen wollen? Wenn diese Deppen allen Ernstes glauben, dass man an der Impfung stirbt, und das, obwohl sie bereits milliardenfach weltweit verabreicht wurde?

Andreas Läsker, Manager der Band
Die Fantastischen Vier

Ich finde auch, es wird höchste Zeit, dass die Impfpflicht kommt. Es ist asozial, sich nicht impfen zu lassen.

Wolfgang Niedecken, Musiker,
Frontmann der Band BAP

Wäre die Spaltung der Gesellschaft wirklich etwas so Schlimmes? Sie würde ja nicht in der Mitte auseinanderbrechen, sondern ziemlich weit rechts unten. Und so ein Blinddarm ist ja nicht im strengeren Sinne essentiell für das Überleben des Gesamtkomplexes.

Sarah Bosetti, ZDF-Komikerin

Nach 21 Jahren erfolgreicher Zusammenarbeit trennt sich der Philharmonische Chor Liedertafel Neustadt von seinem hochgeschätzten Dirigenten Hans Jochen Braunstein. Der Grund ist die Weigerung des Chorleiters, sich impfen zu lassen.

Bericht von Markus Pacher
in *Die Rheinpfalz*

2G spaltet nicht die Gesellschaft. Menschen, die sich impfen lassen können und es nicht tun, spalten. Genauer gesagt ist es auch keine Spaltung, sondern Abspaltung einer Minderheit. Das Spaltungs-Narrativ nutzen Impfgegner meistens, um sich als Opfer zu stilisieren. Sind sie nicht.

Ingmar Stadelmann, Stand-up-Comedian,
Moderator Rundfunk / Fernsehen

Für mich ist klar, ich möchte nicht mehr mit jemanden arbeiten, der nicht geimpft ist.

Mariele Millowitsch, Schauspielerin

Man kann die Nichtgeimpften zwar nicht abführen oder zwangsimpfen, aber wir können sie von allem Möglichen ausschließen und uns so vor ihnen schützen.

Prof. Dr. Borwin Bandelow, Universität Göttingen,
Psychologe, Angstforscher an der
Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie

Er [Joshua Kimmich] kann gerne mal anrufen und wir können über Impfnebenwirkungen sprechen [...] Das Sicherheitsprofil dieser Impfstoffe ist phantastisch. [...] Ich bin auch gerne dabei, wenn er sich impfen lässt, wenn er eine Hand braucht, während er geimpft wird.

Prof. Dr. Melanie Brinkmann,
TU Braunschweig, Institut für Genetik

Ungeimpfte Erwachsene [...] schränken mit ihrem Verhalten die Grundrechte der Kinder ein.

Dr. med Thomas Fischbach, Berufsverband der
Kinder- und Jugendärzte (BVJK) Präsident

Aber wenn sie ungeimpft auch nicht mehr arbeiten können, brauchen sie auch keinen öffentlichen Personennahverkehr mehr, um dahin zu kommen. Ja, so hart ist das!

[...] Tyrannei der Ungeimpften

Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery,
Vorsitzender des Weltärztebunds
und Aufsichtsrat der
Deutschen Apotheker- und Ärztekbank

Wir dürfen denen, die sich nicht impfen lassen, wirklich nicht die Chance geben, die Impfung zu umgehen, zum Beispiel, indem sie sich freitesten lassen. [...] Ich sag das jetzt mal ganz klar: Es muss jetzt Schluss sein, dass irgendwer irgendwelchen anderen Berufsgruppen aufgrund von irgendwelchen Umständen nicht gestattet, zu impfen. Wir sind in einer Notlage.

Prof. Dr. Lothar Wieler,
Tierarzt und Fachtierarzt für Mikrobiologie,
Präsident des Robert-Koch-Instituts (RKI)



Die Gesellschaft muss das jetzt selbst regeln: Wenn Du nicht geimpft bist, dann möchte ich auch nicht, dass Du mit meinen Kindern spielst. [...] Impfwang wäre, wenn ich Menschen sage, sie müssen sich impfen lassen. Hier haben die Menschen ja die Möglichkeit, sich impfen zu lassen oder sich nicht impfen zu lassen. Dann können sie an bestimmten Bereichen des öffentlichen Lebens eben nicht teilnehmen. Ich würde das nicht als Druck bezeichnen.

Prof. Dr Emil Reisinger,
österreichischer Internist und Infektiologe

Ich sehe keine ethischen Gründe, Impfpflichten abzulehnen.

Prof. Dr Christoph Rehmann-Sutter,
Universität Lübeck,
Theorie und Ethik der Biowissenschaften

Ich respektiere, dass sich einer nicht impfen lassen will, aber dann kann er nicht für sein Individualverhalten die Gesellschaft in Sippenhaft nehmen [...] Dann muss er auch mit den Konsequenzen leben.

Friedhelm Julius Beucher, Präsident des
Deutschen Behindertensportverbands

Allgemeine Impfpflicht bedeutet Teilhabe!

Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.

Bei uns an der Geschäftsstelle in Düsseldorf hängt ein Banner: „Rote Karte für Querdenker“ steht hier gut sichtbar für alle, die jeden Samstag und Montag gegen die Corona-Maßnahmen demonstrieren. Wer sind Querdenker? Ich weiß es nicht wirklich. Auf den ersten Blick scheinen es Menschen wie

Zuletzt sei an Linus Neumann, den Sprecher des Chaos-Computer-Club, erinnert, der ebenfalls verunglimpft:

Lasst euch impfen. ihr Deppen.

Linus Neumann, Berater für IT-Sicherheit,
Chaos-Computer-Club (Sprecher)

Man sieht: Immer wieder wird eine angebliche Mehrheit der Bevölkerung nach der populistischen Logik, dass die Mehrheit richtig denkt, gegen die Andersdenkenden als Minderheit ausgespielt (die „individuelle Freiheit“ Einzelner dürfe nicht über die „Freiheit der gesamten Gesellschaft“ gestellt werden, Hendrik Wüst); es gehe nicht an, „dass eine Minderheit eine Mehrheit diktiert“ (Dirk

Du und ich zu sein – verschiedene Lebensumstände, verschiedene Bildungshorizonte, verschiedene gesellschaftliche und soziale Kontexte [...]. Wir möchten als Caritas weder spalten noch provozieren, sondern wir vertreten unsere Werte: Solidarität und Nächstenliebe. [...] Was wir aus diesem Grund aber nicht akzeptieren und auch nicht akzeptieren wollen und werden, sind Menschen, die öffentlich unseren demokratischen Staat verunglimpfen.

Henric Peeters, Direktor des
Caritasverbands Düsseldorf

Impfen ist ein Statement für Vernunft, Solidarität und Fortschritt.

Ola Källenius, Vorstandsvorsitzender
MERCEDES-BENZ GROUP AG

Ohne Impfen ist unsere Freiheit auf Sand gebaut.

Siegfried Russwurm,
Präsident des Bundesverbands
Deutscher Industrie (BDI)

Unsere Wirtschaft und das soziale Miteinander werden in einem Jahr kollabieren, wenn wir nicht zu einer allgemeinen Impfpflicht kommen. [...] Es ist für mich ein unbedingter Akt der Vernunft und des Verantwortungsgefühls, eine allgemeine Impfpflicht umzusetzen. Sonst kriegen wir dieses Problem nicht in den Griff. [...] Er selbst denke schon seit längerem so, habe sich aber zurückgehalten. [...] Jetzt sei in der Gesellschaft aber ein wind of change spürbar. Es gehe nicht, dass eine Minderheit eine Mehrheit diktiert.

Dirk Rossmann, Drogeriekette



Zu dem Dilemma, in das liberale Demokratien geraten, wenn sie massenhafte Folgebereitschaft erzeugen wollen und doch keine polizeistaatlichen Mittel anwenden dürfen, und zur Rolle von Heinz Bude und dem innenministeriellen Geheimausschuss siehe jetzt:

Armin Triebel, *Demokratischer Geist in Krisenzeiten. Die medialen Irrwege falscher Solidarität*, in: *Internationale Perspektiven im 21. Jahrhundert. Recht – Politik – Gesellschaft*, hrsg. v. Alexander Balthasar / Paul Ertl / Günther Fleck / Marcin Lech, Wien: Jan Sramek 2022, ISBN 978-3-7097-0292-5, S. 407–434.

Rossmann). Hassrede ersetzt bei den hier zitierten Personen das Ernstnehmen von Argumenten: „Aasgeier der Pandemie“ (Winfried Kretschmann), „Covidioten“ (Saskia Esken 2020, zitiert bei Triebel,

a.a.O.), „durchgeknallte Schwurbelmenschen und CovidiotInnen“ (Jörg Kachelmann). Die Vielen gegen eine Minderheit in Stellung zu bringen, verbindet sich mit dem Ruf nach dem starken Mann und Führer: „die Mehrheit wünscht sich einen Kanzler, der die Corona-Politik nicht nur fortsetzt, sondern sogar noch härtere Maßnahmen durchsetzt“ (Martin Zeyn), „eine Anweisung, und dann muss man das machen“ (Katrin Göring-Eckardt), „Impfpflicht [...] Wenn nötig, bis zur Beugehaft“ (Boris Palmer), „ein scharfer Keil“ (Christian Vooren). Heinz Gorr lässt durchblicken, in China seien „wirksame Überzeugungsstrategien“ entwickelt worden.

Sehr häufig findet die Figur des Sündenbocks Anwendung. Um eine missliebige Meinung zu diskreditieren, wird der entsprechenden Bevölkerungsgruppe die Schuld für die herrschende Misere zugespielt: „Das Land [hat] auszubügeln, was diese Impfverweigerer angerichtet haben“ (Annetta Kahane), „Herzlichen Dank an alle Ungeimpften.“ (Sarah Frühauf). In der vielkritisierten Formel von der „Tyrannei der Ungeimpften“ (Frank Ulrich Montgomery) findet die Figur der **Täter-Opfer-Umkehr** Anwendung.

Zur Abwertung und dem folgenden Ausschluss aus der Gesellschaft werden Einzelne und andersdenkende Gruppen, ohne auf Argumente wie die Unerprobtheit der Impfstoffe und Impfschäden, die schon 2021 sichtbar wurden, einzugehen, als „Spinner“, „Deppen“ (Linus Neumann) oder „Sozialschädlinge“ (Rainer Stinner) mit „menschenverschmähender Ideologie“ (Kachelmann) beschimpft.

Drittens finden wir Sprachpolitik, wie sie in Orwells Dystopien vor 80 Jahren ausbuchstabiert wurde: die Umwertung von Begriffen. So schafft

der Bundesgesundheitsminister ein „Neusprech“, in dem die Akzeptanz einer Pflicht „Freiwilligkeit“ genannt wird: „Es wird ja niemand gegen seinen Willen geimpft. Selbst die Impfpflicht führt ja dazu, dass man sich zum Schluss freiwillig impfen lässt.“ Jemanden von allen sozialen Verrichtungen wie Theaterbesuch, Essengehen, den ÖPNV benutzen auszuschließen, ist „keine Diskriminierung“ (Seehofer).

Im Jahr 2022 kommt von der stellvertretenden Chefredakteurin des *RedaktionsNetzwerk Deutschland* GmbH, das täglich Millionen von Zeitungslesern mit Nachrichten versorgt, die Verschwörungsbauptung hinzu, Kritiker der Corona-Maßnahmen seien „aus Russland gesteuerte Trolle“. Noemi Trompeter spricht von „organisierter Impfgegnerschaft“ und erweckt damit den Eindruck, es gebe eine staatsfeindliche Organisation, der die Bürger gegenüberstünden. So spricht auch Steinmeier von „radikalen, vor allem rechtsextremen Kräften“, denen es nicht um Corona gehe, sondern die „unseren demokratischen Rechtsstaat angreifen“. Solche Behauptungen wären nur dann keine feindbildschaffende Verunglimpfung Andersdenkender gewesen, wenn entsprechende Verbindungen offengelegt worden wären.

Die Dynamik dieser Verfeindungsparolen im Laufe der Jahre und die Frage, ob sie situativ angepasst wurden, ob Verschärfungen und Abmilderungen zu beobachten waren und ob neue Topoi hinzukamen oder frühere verschwanden, all das muss künftigen Forschungen vorbehalten bleiben. Diese Forschungen versprechen tiefere Einsichten in die Mängel demokratischen Bewusstseins, in die Einfallstore autoritären Denkens und die Schwachstellen der westlichen liberalen Demokratien. AT

P2/2022-1_2 „Wir“ gegen „Die“

Die Corona-Krise hat den Nährboden für Wir-Gruppen-Prozesse geboten. Bei Wir-Gruppen-Prozessen sind von besonderem Interesse die Umstände ihrer Entstehung. Inwiefern laufen sie spontan ab; inwiefern gehen sie auf identifizierbare Akteure zurück, die sie strategisch herbeigeführt haben? Ein eindrucksvolles Beispiel ist das WIR der Impfwilligen und Impfverfechter. Allen Bedenken und Ratschlägen zur Vorsicht gegenüber einem so gut wie nicht getesteten Impfstoff, der auch keine gewöhnlich Impfung, sondern gentechnisch in Gang

gesetzte Zellveränderungen bewirkt, zum Trotz äußern sich Impfverfechter sehr lautstark in der Öffentlichkeit als ein „Wir“.

Dieses Ende 2021 entstandene Wir scheint nicht nur das Resultat eines spontanen Gleichklangs ähnlich empfindender Seelen zu sein. Vielmehr ist es auch absichtsvoll und überlegt geschaffen worden. Zu den Akteuren zählen die Personen, die hinter der *website* <https://www.nichtimpfgegner.in/> stehen. Auf dieser wird die Möglichkeit ange-



boten, Mitbürger, von denen jemand glaubt, sie gehörten zu der ‚gegenerischen‘ Gruppe der Impfkritiker, Impfgegner oder Impferweigerer, bei den Behörden zu denunzieren.

Die Gruppe, die die *website* „Frag den Staat“ unterhält, hat davon offenbar erfahren und beim Gesundheitsamt Soest eine Anfrage gestellt:

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Webseite <https://www.nichtimpfgegner.in/> bietet die Möglichkeit, „Impfverweiger*innen“ unter Angabe einer „Priorisierungsempfehlung“ sowie einer „Gefahrenstufe“ dem zuständigen Gesundheitsamt zu melden. Dies erfolgt durch Generierung einer E-Mail mit dem Betreff „WGI-Bürgermeldung (SubjektId) => (SID) => SID[<HASH>]“, wobei „<HASH>“ eine Prüfsumme der übermittelten Daten ist und von mir ersetzt wurde. Der erste Satz der generierten E-Mail lautet „hiermit stelle ich Ihnen als proaktive Amtshilfe Daten zu mir bekannten Impfverweigern/Impfverweigerinnen zur Verfügung.“ Abgesehen von der Angabe „Person verwendet gefälschte Impf-/ Genesenendokumente“ weisen die so übermittelten Informationen nicht auf eine konkrete Ordnungswidrigkeit oder Straftat hin.

Bitte senden Sie mir Folgendes zu:

- Die Anzahl von E-Mails, die den zuvor genannten Charakteristika entsprechen, deren Betreff bzw. erster Satz also übereinstimmt.
- Unabhängig davon, ob solche E-Mails bereits eingegangen sind: Wie wird grundsätzlich mit derartigen Informationen zu Individuen umgegangen, welche über das Melden von Ordnungswidrigkeiten und Straftaten hinausgehen?
 - Sind diese (un)erwünscht?
 - Wird diesen nachgegangen?
 - Werden diese zentral gesammelt?
 - Werden diese gelöscht, bzw. welche Lösungsfristen finden Anwendung?
 - Können Sie beziffern, wie viele solcher Nachrichten seit Anfang 2020 eingegangen sind?

[...]

Mit freundlichen Grüßen

Nicolai Weitkemper

Die Antwort des Gesundheitsamts erfolgte am 10. März 2022 und bedauerte, beide Auskunftsersuchen ablehnen zu müssen, weil man keine



diesbezüglichen Informationen habe:

Sehr geehrter Herr Weitkemper,

Ihr Antrag auf Auskunftsersuchen im Sinne des IFG NRW vom 24.02.2022, für die Mitteilung von Informationen und Angaben zum Umgang mit Meldungen zu „Impfverweigern“, kann nicht entsprechen werden.

Ihre Fragestellung 1:

1. Die Anzahl von E-Mails, die den zuvor genannten Charakteristika entsprechen, deren Betreff bzw. erster Satz also übereinstimmt.

Begründung der Ablehnung zur Fragestellung 1:
Sie können von einer öffentlichen Stelle nur die Informationen erhalten, die dort vorhanden sind. Die Behörden sind nicht verpflichtet, Informationen zu beschaffen oder zu rekonstruieren.

[...]

Begründung der Ablehnung zur Fragestellung 2 (inkl. a bis e)

Eine Erfassung, Auswertung und/oder Speicherung solcher Meldungen erfolgt nicht. Die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten und Straftaten erfolgt nach Maßgaben der gesetzlichen Vorschriften.

[...]

Wie auf der *website* <https://www.nichtimpfgegner.in/> versucht wurde, die Gruppenformierung in Gang zu setzen, geht aus einer Graphik auf dieser Seite hervor (s. umseitige Abb.).

Im Zusammenspiel der drei graphischen Felder und der beigegebenen Texte, in denen erstens die Gesellschaft als klar in zwei Gruppen gespalten dargestellt und zweitens die als Minderheit bezeichnete Gegengruppe mit allen negativen Merkmalen (uninformiert, aufdringlich bis unverdient dominant, gewalttätig, rücksichtslos den Tod an-





Bist **Du** mittlerweile auch so **genervt von Impfverweiger*innen** und deren Einfluss auf unsere Gesellschaft?

Obwohl es eine **uninformierte Minderheit** ist, die durch „**Lautstärke**“ den öffentlichen Diskurs prägt, hat dieser jedoch keinen positiven Einfluss auf die Impfquote was in letzter Konsequenz dazu führt, dass **Menschen sterben** und **Wir** kaum Lebensgestaltungsspielraum haben.

Gleichzeitig teilt **diese Minderheit** ständig ihre Sichtweise egal ob man daran Interessiert ist und lässt andere Sichtweisen nicht zu. Einige Peronen aus diesen Kreisen **wenden außerdem Gewalt an**. **Wir alle** wissen wer diese Menschen sind. Sie sind unter **uns** und als pluralistische Gesellschaft vergessen wir scheinbar eines: **Wir sind mehr!**

derer verschuldend, schmarotzerisch den „Lebensgestaltungsraum“ anderer schmälern) ausgemalt wird, ist der Betrachter zur aktiven Positionierung in der Gruppe des „Wir“ aufgefordert.

Anmerkung der Redaktion:

Der hier geschilderte Sachverhalt ist reichlich mysteriös. In der Sitzungswoche vom 28.02.2022 stellt der Abgeordneten Uwe Witt (parteilos, ehem. AfD) diesbezüglich eine schriftliche Anfrage im Bundestag: „Wird die vom Bundesservice Telekommunikation betriebene Internetseite www.nichtimpfgegner.in aus Mitteln des Bundeshaushaltes finanziert, und welchem Zweck dienen die dort erfassten Daten?“ Hier die Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin im BMI Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD) vom 1. März 2022: „Eine öffentliche Stelle „Bundesservice Telekommunikation“ gibt es in der Bundesverwaltung nicht, folglich können hierzu keine Angaben gemacht werden. Die indische Domain www.nichtimpfgegner.in wurde am 15. Februar 2022 bei einem US-amerikanischen Domain-Händler registriert. Informationen darüber, wo eventuell auf der Website ein-

Während die Graphik mit den unterschiedlichen Mustern der Verteilung von „Wir-Mitgliedern“ und „Die-Mitgliedern“ einigermaßen pfiffig gestaltet ist, scheinen Verfasser oder Verfasserin der kleinen Texte eher schludrig am Werk gewesen zu sein – ganz abgesehen davon, dass für die Richtigkeit eines Verhaltens oder die Wahrheit eines Satzes einfach die Anzahl der Zustimmenden („Wir sind mehr“) anzunehmen, **ein einfältiger Populismus** ist. Um welche Personen es sich handelt, wird unbekannt bleiben. Der *content* wurde anscheinend schon am 12.12.2019 auf der Seite nichtimpfgegner.in gesichtet. Auf der Seite finden sich Hinweise zum „Bundesservice Telekommunikation“. Dieser ist nicht auffindbar, und die website „<https://www.nichtimpfgegner.in/>“ inzwischen auch nicht mehr aufrufbar. Laut dem einschlägigen *wikipedia*-Eintrag wird vermutet, dass der „Bundesservice Telekommunikation“ eine Tarnorganisation des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Zuständigkeitsbereich des Bundesinnenministeriums war.

Quellen: <https://ich-habe-mitgemacht.de/222-wir-gegen-impfgegner-innen-retten-gemeinsam-impfverweiger-innen.html?highlight=WyJuaWNodGlt-cGZnZWduZXlIXQ==>; *wikipedias.v.* „Bundesservice Telekommunikation“; <https://fragdenstaat.de/anfrage/von-wwwnichtimpfgegnerin-generierte-e-mails/#nachricht-677180>

gegebene Daten auflaufen und zu welchem Zweck sie verwendet werden, liegen der Bundesregierung nicht vor.“ (Quelle: Deutscher Bundestag, 20. Wahlperiode, *Drucksache* 20/894)

Unabhängig davon, ob es wirklich eine Tarnorganisation des Verfassungsschutzes mit dem angegebenen Namen gibt oder gab, ist damit die Urheberschaft des mittlerweile nicht mehr aktiven Portals nicht einwandfrei geklärt. Das Webportal corona-net.blog schätzt die betreffende Website als „Fake“ ein, ohne genauere Angaben zu ihren Urhebern ermitteln zu können; s. <https://corona-blog.net/2022/02/21/vorsicht-fake-website-wir-gegen-impfgegnerinnen/>. Unzweifelhaft bleibt die Intention der Aktion, nämlich bereits vorhandene Resentiments gegenüber Skeptikern der Corona-Maßnahmen weiter zu schüren und damit eine Spaltung der Gesellschaft zu forcieren.



P₃/2022-1_2 **Essenzialisierung schafft Verfremdung**

Eine multilinguale Kommunikationsexpertin und ausgewiesene Fachfrau für internationale Beziehungen hat im Gespräch mit Markus Lanz den Deutschen mit vollendet **essenzielistischem** Blick erklärt, von welcher Natur der **Feind in Osteuropa** ist, und hat damit auf verschiedenen Plattformen der sozialen Medien einen Aufstand provoziert.

Die Rede ist von **FLORENCE GAUB**, die 2011 an der Humboldt-Universität zu Berlin promoviert worden ist (*Military Integration after Civil Wars. Multiethnic Armies, Identity and Post-Conflict Reconstruction*). Von 2012 bis 2015 war sie Reserveoffizierin der französischen Armee. Sie unterrichtete am Historischen Institut der Universität Potsdam und am renommierten *Institut d'études politiques* in Paris. Von 2009 bis 2013 war sie am *NATO Defense College* beschäftigt, war *Senior Analyst* des Instituts der Europäischen Union für Sicherheitsstudien in Paris (*European Union Institute for Security Studies EUISS*) und dort von 2018 bis 2022 auch Stellvertretende Direktorin. Seit 2020 ist Florence Gaub Mitglied des *Future Council on Frontier Risks* des Weltwirtschaftsforums. Über ihr Spezialgebiet, die geopolitische Bedeutung des arabischen Raums, hat sie mehrere Bücher geschrieben (u.a. *Guardians of the Arab State. Why Militaries Intervene in Politics, from Iraq to Mauritania*, Oxford Univ. Press 2017) und war Hauptautorin der Denkschrift des *European Strategy and Policy Analysis System* (*Report Global Trends to 2030: Challenges and Choices for Europe*, ESPAS 2019). Einen Aufsatz von ihr („Oase des Friedens“ aus: *Internationale Politik*, Jan/Feb 2021) hat *Wikipedia* zufolge die grüne Politikerin **Annalena Baerbock** für ihr Buch *Jetzt. Wie wir unser Land erneuern* plagiiert.

Was sagte Florence Gaub also in der Talkshow bei Markus Lanz am 12. April 2022? Es ging um die ungeheuren Schäden und Verluste, die ein Krieg immer mit sich bringt. Markus Lanz brachte den Gedanken an, dass auf russischer Seite diese Kosten mit der Zeit auch so hoch werden könnten, dass Wladimir Putin verhandlungsbereit würde. Daraufhin konterte Florence Gaub:

Das ist ein europäischer Gedanke. Wir würden so denken. [...] Ich glaube, wir dürfen nicht vergessen, dass – auch wenn Russen europäisch aussehen –, dass es keine Europäer sind, jetzt im kulturellen Sinne, einen anderen Bezug zu Gewalt

haben, einen andern Bezug zu Tod haben, [...]. Es gibt da nicht diesen liberalen, postmodernen Zugang zum Leben, das Leben als ein Projekt, dass jeder für sich individuell gestaltet, sondern das Leben kann halt auch mit dem Tod recht früh enden. Russland hat z.B. auch eine relativ niedrige Lebenserwartung – 70 für Männer –, dann geht man einfach anders damit um, dass da halt Menschen sterben. [...] Man darf deswegen nicht davon ausgehen, dass russische Opfer oder auch jetzt einfach nur die Kosten an sich zum Umdenken führen.

KLARA GEYWITZ, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, die an der Talkshow teilnahm, widersprach („Ich teile Ihre Analyse nicht, dass die Russen keine Europäer sind. Ich glaube, dass sie nicht nach dieser kapitalistischen Logik ticken, die wir bei uns in der EU haben.“), und Florence Gaub setzte nach:

Geographisch sind die Russen zum Großteil natürlich nicht Europäer [...]. Aber – Sie werden mir verzeihen, ich arbeite für die EU. Wenn ich sage „europäisch“, denke ich immer „EU“ automatisch. Aber ich denk' schon, dass das eine andere Kultur ist. Aber Sie haben völlig recht: Wir denken mehr kapitalistisch, mehr an anderes Rationales – also ich sag' nicht, der Russe ist irrational.

Klara Geywitz protestiert wieder, und Gaub setzt wieder nach:

Nur um ganz klar zu sein. Das haben mir Russen gesagt: „Ihr denkt, wir sehen so aus wie ihr, aber wir sind nicht wie ihr.“

Jetzt protestiert Lanz: („Ich hab's anders erlebt, interessanterweise –“), und Gaub lenkt auf eine andere Frage.

Man mag der „in Paris wirkenden Dr. Gaub“ immerhin zugute halten, dass sie ihre Feststellungen zum „russischen Nationalcharakter“ mit der spezifischen Gewaltgeschichte Russlands eingeleitet und daraufhingewiesen hatte, dass sich auch das US-amerikanische Volk den Vietnam-Krieg sehr lange hat gefallen lassen. Dass ihr Bild von Russland jedoch geprägt ist von westeuropäisch-atlantischen **Vorurteilen**, bestätigte sie gleich im Anschluss, als sie auf die Frage antwortete, was der russischen Regierung außenpolitisch Angst bereiten würde, wenn es schon nicht die Kosten des Krieges seien.





Bildausschnitt von Talkshow-Gast Dr. Florence Gaub bei Markus Lanz (ZDF) am 12.04.2022

Was ich denke, was ich vermute - ich bin auch nicht in Putins Kopf drin - aber ich glaube, was ihm Angst machen könnte, ist, wenn wir mit Drohgebärden mehr agieren. Also ich verstehe zum Beispiel nicht, warum man nicht schon 2014 - da hat man gesagt: du, mach' dir keine Sorgen, die Krim, wir werden auf keinen Fall militärisch reagieren. Also, wir sind die ganze Zeit in so einer Haltung gegenüber Russland: so die Bulldogge einfach nur ruhig halten.

Von einem Nachbarland, mit dem Deutschland in einer jahrhundertelangen, überwiegend positiven, aber auch mit deutscher Schuld kontaminierten Beziehungsgeschichte verbunden ist, als einer „Bulldogge“, die man nicht „einfach nur ruhig halten“ könne, zu sprechen – das ist **Hassrede**, die Sprache der Verfeindung. Das war an dieser Stelle kein Ausrutscher; denn zehn Minuten vorher hatte sie über Putin gesagt. „Der Typ lügt ja schon seit acht Jahren.“

Vielleicht ist diese, gerade für eine Person mit ihrer Bildung unangemessene Hetze auch situatives Ergebnis des *framings* in einer Talkshow. Ein Interview mit Harald Welzer und Peter Unfried in *Taz.Futurzwei* gibt weitere Eindrücke (s. u. W3).

Quelle: Florence Gaub bei Markus Lanz <https://www.youtube.com/watch?v=QFP3KIYIBWY&t=1575s> *Transkript (AT)*; wikipedia s.v. Florence Gaub; *Berliner Zeitung* (20.4.2022), S. 18.

Kommentar

André Mielke von der *Berliner Zeitung* persiflierte diesen „völkerkundlichen Ausritt der Politologin Florence Gaub“ zu Recht mit diesen Worten:

Es geht also um den Russen an sich. Obwohl sich drei Viertel seines Volkskörpers auf dem Kulturkontinent befinden, passt er irgendwie nicht dazu. Wie das klingt. In einer deutschen Talkshow. Ich meine, es ist schon eine Weile her, dass hierzulande ähnliche Töne vor großem Publikum angeschlagen wurden. Mir steht es nicht zu, das Urteil der Fachfrau über die spezifische Rustikalität östlich siedelnder Ethnien anzuzweifeln. Sie ist Vizedirektorin des EU-Instituts für Sicherheitsstudien. Ich bin nur ein Schmierschmuck und folge der Wissenschaft selbst dann, wenn sie mir vorkommt wie die Kunst der Feindbildhauerei.

Eine Frage noch: Die Lebenserwartung in der Ukraine liegt ein Jahr unter dem russischen Wert. Bedeutet das, dass den Einwohnern von Mariupol der Tod ihrer Nachkommen und Nachbarn tendenziell noch etwas schnurzer ist als den Russen die Opfer unter ihren Tätern? Im Gegenzug kann ich der in Paris wirkenden Dr. Gaub mit ostdeutscher Regionalkennntnis dienen: Obwohl die Leute dort extrem europäisch aussehen, scheinen mir postmoderne Lebenszugänge auch in der Magdeburger Börde schwächer entwickelt. Aber, immerhin, die Toten werden individuell bestattet.



B1/2022-1_2 Ein Feindbild aufbauen

Der Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 lässt eine Flut der Produktion und **Verbreitung von Feindbildern**, die gegen Russland gerichtet sein werden, erwarten. Für den SSIP, der seit seiner Gründung unter dem Oberbegriff der interkulturellen Verständigung neben der Förderung der Beziehungen zwischen dem Globalen Norden und den damals sogenannten „Entwicklungsländern“ den **Abbau von Vorurteilen** und Feindbildern allgemein auf seine Fahnen geschrieben hat, bedeutet das die Erwartung von reichhaltigem Anschauungsmaterial in der nächsten Zukunft.

Kriegerische Zeiten wirken immer polarisierend. In Kriegen wird verstärkt die Frage gestellt: Auf welcher Seite stehst Du? Das ist in der Geschichte immer wieder so weit gegangen, dass Zweifler und Kritiker flugs als Komplizen und Fünfte Kolonne des jeweiligen Gegners angefeindet, häufig inhaftiert und manchmal exekutiert wurden. Aus der Lebenserfahrung und einer Fülle empirischer Untersuchungen wissen wir, dass die Eigengruppe stets als positiver denn die Fremdgruppe bewertet wird. Diese sozialpsychologische Erkenntnis bewahrheitet sich auch in der Politik, heute im Verhältnis zu Russland. Was ist zu tun gegen die **Freund-Feind-Polarisierung**? Zunächst ist der Schwarz-Weiß-Malerei entgegenzuwirken; es ist zu begreifen: Die Eigengruppe besteht nicht aus lauter Guten, und der Feind hat vielleicht nachvollziehbare Gründe, die einen Ansatzpunkt für Konfliktentschärfung bieten. Keine Gelegenheit wird heute von den Leitmedien – Fernsehen, Rundfunk, Presse – ausgelassen, um die Völkerrechtswidrigkeit dieses Angriffskrieges und die Schändlichkeit der russischen Führung anzuprangern. Das ist die eine Seite, die nicht falsch ist.

Die *Süddeutsche Zeitung* war mit der Schwarz-Weiß-Malerei überpünktlich. Am Wochenende 12./13.2. gab sie ein Beispiel für Feindbilder im buchstäblichen Sinn. Sie hatte auf der Frontseite einen Aufmacher mit einem Foto von Putin und der Schlagzeile „Das Rätsel Putin“. Auf den Seiten 13 bis 15 gab es einen längeren Text dazu „In Putins Welt“, ganzseitig mit Fotos. Das Foto zeigt Putin in schwarz/

weiß mit dem Gesichtsausdruck einer Gestalt, die einem Dracula-Film entsprungen sein könnte. Der Vorspann des Artikels lautet:

Seit 22 Jahren regiert er Russland, doch was ihn treibt, wie er denkt, was er will – das ist rätselhafter denn je. Wer ist der Mann, der Europa in diesen Tagen in Angst und Schrecken versetzt? Vladimir Putin, wie ihn Freunde und Feinde, Verbündete und Verfolgte sehen. Ein Porträt von Silke Bigalke und Sonja Zekri, Fotos von Konrad Rufus Müller.

Es gibt eine Rubrik *Süddeutsche Zeitung für Kinder*. Als „Thema der Woche“ wird auch den Kindern ein Foto präsentiert – allerdings nicht so ein eisensteinhafter Iwan wie bei den erwachsenen Lesern, sondern ein Putin, der etwas ratlos gen Himmel blickt, mit einem Text unter dem Titel: „Will er etwa Krieg?“. Dann wird in einfachen Sätzen für Kinder unkritisch die westliche Sicht der Dinge ausgebreitet.

An dieser Art der Präsentation von Feindbildern – bestehe sie in Bildmaterial oder in der Benutzung von Worten – erkennt man, dass ein Feindbild nur funktioniert, wenn der **Feindbild-Konstrukteur** den Kontext der Geschehensabläufe, auf die das Feindbild anspielt, selektiv arrangiert. Eine Selektion besteht auch darin, komplexe Sachlagen auf einzelne Personen zu verengen. So geschah es nach 1945, als der verbrecherische Charakter des Dritten Reichs auf die Person Hitler kondensiert wurde. Das **selektive Arrangement** ist notwendig, um den Freund-Feind-Dualismus recht prägnant hervortreten und den Zorn der Eigengruppe über die Gegenseite maximal ansteigen zu lassen.

Um das Feindbild lahmzulegen, ist es umgekehrt notwendig, Abläufe und Kontexte zu rekonstruieren. Hier berührt sich die Aufgabe, der sich der **Feindbild-Dekonstruierer** gegenüberstellt, mit der des Historikers. Und hier tritt ein für den Historiker wohl bekanntes Problem auf, dass nämlich die Vergangenheit „objektiv“, vollständig oder mit Anspruch auf „die letzte Wahrheit“ nicht zu haben ist. Jede Geschichte ist selektiv. Gibt es also eine Beliebigkeit und mehrere Wahrheiten? Es sind zwar immer mehrere Sichtweisen möglich; aber das Vetorecht der Quellen lässt erkennen, wo die

Interkulturelle Bildung



Selektion ein Feindbild hervorgebracht hat. Das „Feindbild Putin“ oder das „Feindbild Russland“ ist 2022 dekonstruierbar unter Hinweis auf die Abläufe und Kontexte, die die Feindbild-Konstrukteure verschweigen.

Ein Feindbild dürfte nur in seltenen Fällen allein durch eine Formalanalyse zu entdecken sein. Feindbilder liegen nicht in einem Inventar bereit, wo man nachschauen und sich vergewissern könnte, ob man es wirklich mit einem Feindbild zu tun hat. Was ein Feindbild ist, kann sich erst in der gesellschaftlichen Debatte erweisen. Wo diese allerdings fehlt, weil alternative Sichtweisen tabuisiert, kriminalisiert oder deformiert werden, ist ein Schritt zum totalitären Staat bereits getan. Feindbilder blenden erstens die Komplexität geschichtlicher Abläufe notwendig aus, und **Feindbilder** sind zweitens nur durch evidenzbasierte Kontextanalyse zu erkennen.

Das Bild von Putin und russischer Politik, das gegenwärtig gezeichnet wird, ist hochgradig selektiv und geschichtsvergessen. Immerhin hat Konrad Rufus Müller, ein Unternehmer und Photograph der Nachkriegszeit, in dem erwähnten SZ-Artikel Putins Rede, die er 2001 im Bundestag auf Deutsch hielt und die eine nach Deutschland ausgestreckte Hand bedeutete, erwähnt. Ein Feindbild ist zu neutrali-

sieren, indem man ihm Kontextinformation entgegengesetzt. Im Fall eines Feindbildes „Putin“ oder „Russland“ wäre als Kontext die Vorgeschichte zu berücksichtigen, die in den meisten deutschen Medien bis jetzt ausgeblendet wird. Die folgende Zeitleiste verdeutlicht, dass ein Feindbild Russland nicht plötzlich 2022 auftritt. Es hat auf Seiten der USA seit den 1990er Jahren bestanden. An dem militärischen Engagement der USA in der Ukraine seit den 1990er Jahren ist ablesbar: Es ist **der vorgestellte Feind Russland**, gegen den die USA seit Anfang der 1990er Jahre aufgerüstet haben. Die folgende Zeitleiste stellt einige der häufig ignorierten Ereignisse zusammen, die die Verfeindung mit Russland beinhalteten.

Die noch friedliche Ausgangssituation war 1990 durch Abkommen wie die Begrenzung der konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) oder 1992 den Vertrag über den Offenen Himmel (OH-Vertrag, *Treaty on Open Skies*, Договор по открытому небу) markiert. 1991 löste sich der Warschauer Pakt auf, während die NATO weiterbestand. Der folgende **Weg in die Verfeindung** war nicht für jeden offensichtlich. Denn 1993 wurde immerhin das Abrüstungsabkommen START II (Deaktivierung von Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen) unterzeichnet, 1997 die NATO-Russland-Grundakte und der NATO-Russ-



1992	USA legen ein <i>International Military Education and Training Program</i> für ukrainische Offiziere auf
1995ff.	NATO + ukrain. Streitkräfte führen gemeinsame Übungen durch („ <i>Peace Shield</i> “)
1997, 9. Juli	NATO-Ukraine-Charta (die Ukraine nimmt an der <i>Combined Joint Task Force</i> teil)
1997ff.	NATO + ukrain. Marine: gemeinsame Übungen im Schwarzen und im Asowschen Meer
1999, 12. März	NATO-Erweiterung um Polen, Tschechien, Ungarn
1999–2020	NATO-Krieg gegen Serbien, das als Bundesgenosse Russlands gilt („Kosovo-Krieg“, <i>Operation Allied Force</i> OAF). Die Bombardements durch NATO-Flugzeuge dauern 2½ Monate, Belgrad wird schwer getroffen, die chinesische Botschaft zerstört
1999, 19. Nov.	Nach der Auflösung des Warschauer Pakts: der A-KSE-Vertrag scheitert (nur Russland, Belarus, Ukraine und Kasachstan ratifizieren)
2000, 14. April	START II wird von der russischen Duma ratifiziert, tritt aber wegen Kündigung von ABM durch die USA nicht in Kraft
2001	Wladimir Putin: Rede im Deutschen Bundestag
2002	Russland zieht gemäß Vertrag alle KSE-relevanten Waffensysteme ab

2002	USA kündigen den seit 1972 bestehenden ABM-Vertrag (Begrenzung von Raketenabwehrsystemen)
2002	„NATO-Ukraine-Aktionsplan“ erweitert die Präsenz der NATO in der Ukraine
2004, März	NATO-Erweiterung um die Baltischen Staaten
2004, 1. Mai	Erste EU-Osterweiterung: Estland, Lettland, Litauen; Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn; Zypern, Malta
2006ff.	NATO + ukrainische Streitkräfte führen gemeinsame Übungen durch („ <i>Rapid Trident</i> “)
ab 2007 (-2009)	Diskussion über Radar-Abfangsysteme, zu stationieren in Tschechien und Polen
2007, 1. Jan.	Zweite EU-Osterweiterung (Bulgarien, Rumänien)
2007, Febr.	Münchener Sicherheitskonferenz: Putin prangert „Neue Mauern“ an
2007, 21. Dez.	Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien und Malta werden Mitglieder des Schengen-Raums
2008, 2.-4. April	NATO-Gipfel Bukarest stellt der Ukraine und Georgien die NATO-Mitgliedschaft in Aussicht
2014, 27. Febr.	Russland nimmt über seine dortigen Militärbasen die Autonome Republik Krim in Besitz
seit ca. 2016	Die USA unterhalten 12 geheime CIA-Stützpunkte in der Ukraine

land-Rat vereinbart, 2002 der *Strategic Offensive Reductions Treaty* (SORT, Vertrag zur Reduzierung Strategischer Offensivwaffen) und 2010 als Fortsetzung zwischen US-Präsident Barack Obama und Russland der NewSTART-Vertrag (Verringerung strategischer Atomwaffen) geschlossen. Daneben gab es jedoch die in der Tabelle aufgeführten Wegmarken.

Die Chronologie zeigt, dass das Feindbild Russland in der Politik von USA und NATO insofern angelegt war, als diese seit Anfang der 1990er Jahre ihr Engagement in der Ukraine verstärkten und die Kündigung bis dato geltender Rüstungsbegrenzungsverträge betrieben. Das Feindbild Russland bestand in den USA seit vielen Jahren; im Februar 2022 übernahmen es die deutschen Medien.

Ist ein „Feindbild“ auch ohne Kontextrekonstruktion, nur durch eine Formalanalyse zu entdecken? So könnte man überlegen. Das Ereignis vom 24. Febr. 2022 bezeichnen wir als „Angriff“. Ist das ein „neutraler“ Wortgebrauch? In den Medien wird überwiegend vom „**Überfall**“ durch Russland gesprochen. Diese Wortwahl impliziert angesichts der geschichtlichen Abläufe ein **Feindbild**, weil das Wort eine Reminiszenz an den Überfall Deutschlands unter Hitler auf die Sowjetunion herstellt. Der Deutsch-Sowjetische Krieg 1941 begann mit einem arglistigen Überfall, weil ihm der Deutsch-Sowjetische Nichtangriffspakt von August 1939 und der Deutsch-Sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag von Ende September 1939 vorausgegangen waren. Allein die Wortwahl „Überfall“ kann also das Feindbild Putin = Hitler aktivieren. Die Frage, ob das Wort „Überfall“ an sich, rein formal, ein Feindbild aufruft, ist müßig. Ein Feindbild stellt

es her, indem es einen Kontext herstellt.

Feindbilder haben eine zerstörerische Kraft, weil sie Angst suggerieren und eine Situation der Bedrohung zuspitzen. Beides bildet eine Karikatur am 13.4.2022 in der *Berliner Zeitung* („Putins Helden“) ab.

Diese Karikatur zeigt zunächst Zerstörung, nämlich materieller Güter und – in Form dargestellter Strichlisten – des Lebens von Müttern mit Kindern, Soldaten und alten Menschen, ruft mit diesem Bild aber gleichzeitig Gefühle von Angst, Wut und Bedrohung hervor, und diese sind – wie wir wissen – beste Munition für Aggression und erneuerte Zerstörung.

Konflikte, zumal Kriege, sind nie plötzlich da und selten unvorhersehbar. Der Rückblick in die Geschichte vor dem Konflikt kann die Augen öffnen für Lösungen des Konfliktes und immunisieren gegen die Zerstörungskraft von Feindbildern – das jedenfalls ist die aufklärungsverhaftete Hoffnung.

Im Sinne einer Feindbild-Dekonstruktion ist in Zukunft auf mehr Aufklärung und Präsenz der diffizilen Konfliktlagen, die zur Verwendung von Feindbildern Anlass geben, in der öffentlichen Debatte zu hoffen. AT

Quelle: re. *Süddeutsche Zeitung*

s. www.nachdenkseiten.de/?p=80996.

Meinung



Putins Helden

BERLINER ZEITUNG/THOMAS KLASMANN

2017ff.	Ein US-Raketenabwehrsystem wird in Rumänien stationiert
2018	Weitere Austrocknung des NATO-Russland-Rats: Russisches Personal wird ausgewiesen
2019, Febr.	Die Ukraine (Werchowna Rada) nimmt NATO- und EU-Mitgliedschaft in die Verfassung auf
2020, 22. Nov.	Die USA verlassen den OH-Vertrag (von 1992)
2021, 7. Juni	Russland verlässt den OH-Vertrag (von 1992)
2021	Selenskyj unterschreibt Dekret zur Rückeroberung der Krim
2021, 10. Nov.	Abkommen über Strategische Partnerschaft USA–Ukraine
2021, Herbst	Letzte NATO-Übung auf ukrainischem Boden (<i>Rapid Trident</i>)
2022	US-Raketenabwehrsystem in Rumänien einsatzbereit

2022, 12. Jan.	NATO-Russland-Rat: letzte Sitzung
2022, Jan.	Die NATO lädt (das nicht-NATO-Land) Ukraine ein, an der NATO-Agenda mitzuarbeiten
2022, 24. Febr.	Russland greift die Ukraine an
2022, März	Istanbuler Kommuniqué (Waffenstillstand, Neutralität der Ukraine, Sonderstatus Donbas, Russland kontrolliert Krim, EU-Beitritt der Ukraine möglich)
2022, 24. März	NATO-Sondergipfel Brüssel. Ziel: Kein Friedensschluss! Russland auf Dauer schwächen!
2022, 9. April	Sondermission in Kiew: Boris Johnson verspricht militärische Unterstützung
2022, Mai ff.	Gemäß dem <i>Lend-Lease</i> -Gesetz von 1941 („Leih- und Pachtgesetz zur Verteidigung der Demokratie in der Ukraine“) liefern die USA kriegswichtiges Material an die Ukraine

E. Europa

E1/2022-1_2 **Krieg im Europäischen Haus**

SSIP-Mitglieder müssen beunruhigt sein ob der Beobachtungen, die wir seit zwei Jahren machen können. Wer die Linie des SSIP kennt, der weiß, dass nach dem Ansatz einer historisch und ethnologisch unterrichteten **Theorie der interkulturellen Kommunikation** das Getriebe widerstreitender Wir-Gruppen innerhalb einer Gesellschaft der Normalfall ist und nur in totalitären Staaten als unnatürlich oder gefährlich geächtet wird. In dem **Widerstreit von Wir-Gruppen** liegt indes immer auch die Gefahr von Entfremdung und Feindschaft bis zum kommunikativen Bürgerkrieg. Interkulturelle Kommunikation hat die Aufgabe, ausgrenzende und eliminatorische Feindschaft zu erkennen und zu helfen, sie zu verhindern, ohne die Auseinandersetzung und den Streit abzuwürgen.

Seit einigen Jahren sind tiefgreifende Polarisierungen in der deutschen Gesellschaft mit der Tendenz zu Feindschaft und Ausgrenzung unübersehbar, zunächst eine beunruhigende „Kultur des *othering*“ („cancel culture“) auf dem Feld der Kultur, Literatur und Theater, politisch verstärkt während der **Coronazeit** mit gesteigerter Produktion von Feindbildern (s. dazu oben P1). Nun gibt der **Angriff Russlands** auf die Ukraine einen weiteren Anlass, neue Feindbilder zu schaffen und alte wiederzubeleben.

Im **SSIP-„Profil“** ist unser Verein unter anderem dargestellt als „ein Kreis von Experten, die an dem Gemeinsamen Haus Europa weiterbauen und die überzeugt sind, dass die Gesellschaften Ost-, Ostmitteleuropas und auch die Mittelmeerländer in diesem Haus ihren Platz haben“. Daran ist nichts falsch geworden. Der devoten Selbstkritik des Bundespräsidenten braucht nicht zugestimmt zu werden. **FRANK-WALTER STEINMEIER** hat sich Anfang April recht emotional von der bisherigen Politik losgesagt: „Wir sind gescheitert mit der Errichtung eines gemeinsamen europäischen Hauses, in das Rußland einbezogen wird. Wir sind gescheitert mit dem Ansatz, Rußland in eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur einzubinden“ und hat düster prognostiziert: „Mit einem Rußland unter Putin wird es keine Rückkehr zum Status quo vor dem Krieg geben“.

Steinmeier hat nicht erwähnt die Rede, die **W. Putin** am 25.9.2001 – wohlgermerkt auf Deutsch – vor dem Deutschen Bundestag gehalten hat. Darin bot

er Kooperation und Weiterarbeit am Gemeinsamen Haus an. Damit das Gemeinsame Haus, „in welchem Europäer nicht in östliche und westliche, in nördliche und südliche geteilt werden“, entstehen könne, rief er dazu auf, sich endgültig von den „Stereotypen und ideologischen Klischees des Kalten Krieges“ zu befreien:

Ohne eine moderne, dauerhafte und standfeste internationale Sicherheitsarchitektur schaffen wir auf diesem Kontinent nie ein Vertrauensklima und ohne dieses Vertrauensklima ist kein einheitliches Großeuropa möglich. Heute sind wir verpflichtet, zu sagen, dass wir uns von unseren Stereotypen und Ambitionen trennen sollten, um die Sicherheit der Bevölkerung Europas und die der ganzen Welt zusammen zu gewährleisten.

Er wies auf die vielen Verflechtungen zwischen Deutschland und Russland in der Geschichte hin und beschwor **die europäische Kultur** als eine identitätsstiftende Klammer:

Niemand bezweifelt den großen Wert der Beziehungen Europas zu den Vereinigten Staaten. Aber ich bin der Meinung, dass Europa seinen Ruf als mächtiger und selbstständiger Mittelpunkt der Weltpolitik langfristig nur festigen wird, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotenzialen Russlands vereinigen wird.

An dieser Stelle verzeichnet das Protokoll „Beifall“ im Haus. Zu dieser Zeit war Steinmeier Chef des Bundeskanzleramtes. Es ist nicht bekannt, dass er besondere Anstrengungen unternommen hätte, die Anregung Putins aufzunehmen und „Russland in eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur einzubinden“.

Feindbilder erhöhen die Verfeindungsbereitschaft innerhalb einer Gesellschaft wie auch die Bereitschaft, im Außen Feinde zu sehen und gegen sie zum Kampf aufzurufen. Wer, wenn nicht der SSIP wäre prädestiniert, eine Diskussion über Feindbilder und ihren politischen Missbrauch anzustoßen?

Das stand in dem Anschreiben, mit dem der SSIP-Vorstand im Frühjahr 2022 den Mitgliedern des SSIP zusammen mit IKA-Heft 1-2/2021 eine **Europa-Erklärung des SSIP** aus Anlass des Ukraine-Krieges zugeschickt hat (Abdruck auf S 20f.).

Berliner Zeitung, 5.6.2015, S. 7

Sicherheit nur mit und nicht gegen Russland

Kirchentag: Theologen fordern neue Ostdenkschrift

VON CHRISTIAN BOMMARIUS

Angesichts von besorgniserregenden Spannungen zwischen Russland und der Nato fordern protestantische Theologen und ehemalige DDR-Bürgerrechtler eine neue Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Thema dieser Denkschrift müsse die „Herstellung einer europäischen Friedensordnung“ sein, heißt es in einem Aufruf, der am Donnerstag auf dem evangelischen Kirchentag in Stuttgart vorgestellt wurde und sich an die Leitung der EKD richtet.

An den Ursachen der schwerwiegenden Krise seien beide Seiten beteiligt, heißt es in dem Aufruf: „Russland durch seine völkerrechtswidrige Annexion der Krim, durch seine Einmischung in der Ost-Ukraine, die Nato durch ihre Osterweiterung, die Europäische Union durch das Versäumnis, bei den Verhandlungen um ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine Russland nicht einzubeziehen.“ Überwunden geglaubte Feindbilder und konfrontative Politikmuster bestimmten erneut die Diskussion. Entspannungsbemühungen würden durch demonstrative Aufrüstungsgesten beider Seiten konterkariert. Es sei falsch, Russland zum Feind zu machen: „Sicherheit in Europa gibt es nur mit Russland.“

Es bedürfe einer kooperativen Friedensordnung. Als wichtigstes Instrument dafür müsse an Stelle der Nato die OSZE wieder gestärkt werden: „Die Übernahme des Vorsitzes in der OSZE durch Deutschland im Jahr 2016 sollte entsprechend vorbereitet und unterstützt werden.“ Die Denkschrift solle die EU ermutigen, sich als zivile Friedensmacht zu bewähren. Dazu müssten die EU und vor allem Deutschland aufhören, Waffenexporte außerhalb der Nato „als Beitrag zur Friedenssicherung zu kaschieren“.

Auf die Vorabversendung dieser Europa-Erklärung gab es **Reaktionen aus dem Kreis der SSIP-Mitglieder**. Einer unserer Altvorderen unterstrich den Wunsch, dass über die Auflösung der öffentlichen Diskussion in Freund-Feind-Lager – insbesondere im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg – eine Diskussion im SSIP einsetzen müsste. Ein anderes Mitglied schrieb:

[...] vielen Dank für die Übersendung der aktuellen IKA - und vor allem der Stellungnahme des SSIP-Vorstandes zum Ukraine-Krieg und dem zunehmend polarisierenden Diskurs über Russland (und Russen) als Feindbilder. [...] Und der Hinweis darauf, dass gerade der SSIP sich seit jeher gegen Feindbilder jeder Art ausgesprochen hat, kommt zur rechten Zeit. Ob das dem SSIP ersparen wird, von den Feindbild-Protagonisten als „umstritten“ (auch so ein Trigger-Wort) eingestuft oder gleich als Putin-Versteher und Russenfreund diskriminiert zu werden, bleibt abzuwarten. Für mich hat diese SSIP-Stellungnahme jedenfalls bestätigt, im für mich richtigen Umfeld zu sein.

Beste Grüße, Prof.

Wir rufen unsere Mitglieder einmal mehr zu Diskussion und Stellungnahme auf. Diese Diskussion darf nicht abreißen. Die politischen Geschehnisse müssen weiter kritisch begleitet und kommentiert werden.

Ohne Zweifel — ein Manko des SSIP-Aufrufs besteht darin, dass auch er – wie das heutzutage so häufig passiert – moralisch argumentiert, wenn gesagt wird: Deutschland hat eine besondere Verpflichtung Russland gegenüber, weil es sich diesem Land und seinen Menschen gegenüber schuldig gemacht hat. Auch die Befürworter eines Angriffs auf Russland argumentieren moralisch: Wir als Deutsche seien es der Ukraine schuldig, ihr zu helfen. Es ist eine typische Konstellation, in Dilemmata zu geraten, wenn Moral in die Politik der internationalen Beziehungen eingeführt wird.

Immerhin ist es lehrreich, sich heute zu erinnern, dass Vertreter der EKD als Reaktion auf die Annexion der Krim durch Russland eine neue Ostdenkschrift forderten und mit welchen Argumenten sie dazu aufriefen (siehe nebenstehend).

Quelle: zu Steinmeier: 5. April 2022 BILD-Zeitung groß Seite 1 („Wir sind gescheitert“) und Tagesspiegel Berlin, sehr groß (S. 15).

E

Der Ort, an dem wir recht haben

An dem Ort, an dem wir recht haben, werden niemals Blumen wachsen im Frühjahr.

Der Ort, an dem wir recht haben, ist zertrampelt und hart wie ein Hof.

Zweifel und Liebe aber lockern die Welt auf wie ein Maulwurf, wie ein Pflug.

Und ein Flüstern wird hörbar an dem Ort, wo das Haus stand, das zerstört wurde.

Jehuda Amichai

Europa-Erklärung des SSIP

Für das Gemeinsame Haus Europa eintreten!

Vor sechzig Jahren hat der SSIP den Kampf gegen Vorurteile und Feindbilder auf seine Fahnen geschrieben. Viel Forschung ist seitdem von vielen Seiten geleistet worden. Trotz aller wissenschaftlichen Detailarbeit müssen wir erkennen, dass die Welt an Vorurteilen und Feindbildern nicht ärmer geworden ist.

Mehr noch: Mit Erschrecken beobachten wir, dass die öffentliche Meinung und die mediale Debatte seit 2020 zweimal innerhalb zweier Jahre in die Verengungen und Vereinfachungen eines Freund-Feind-Denkens verfallen sind. War es 2020/2021 der innere Feind in Form des „Covidioten“, des „Corona-Leugners“, „Impf-Verweigerers“ und „Verschwörungstheoretikers“, so ist es seit Februar 2022 der äußere Feind in Form von Russland und seinem Präsidenten, an den altbekannte Feindschreibungen, „Verbrecher“, „Barbar“, angeheftet werden. Innerhalb kürzester Zeit erleben wir das Aufkommen von Feindbildern, die den Blick für Kontexte und Hintergründe verstellen. Mit Erstaunen sehen wir, wie schnell gleiche Meinungen die Köpfe der Menschen ergreifen. Dabei wissen wir, dass der Versuch, die Meinungsvielfalt auf ein Schwarz-weiß-Schema zusammenzuziehen, in liberalen Gesellschaften zu Spaltungen führt.

Eine Bastion gegen Feindbilder besteht in der Einsicht, dass jede Zukunft von vergangenen Verletzungen und gegenwärtigen Zielen geprägt ist. Insbesondere basiert der Frieden zwischen den Völkern auf einem gerechten Arrangement von Interessen. Eine Politik des Friedens setzt die Kunst des Perspektivenwechsels voraus – so wie es der Name der wissenschaftlichen Reihe des SSIP ausdrückt: „Perspektivenwechsel interkulturell“.

Wir wissen: Kriege beginnen in den Köpfen, bevor der erste Schuss gefallen ist. Feindbilder bereiten Kriege vor und helfen, Kriege zu führen, seien es Bürgerkriege oder grenzüberschreitende Kriege. Wir-Gruppen grenzen sich auf vielen Ebenen ge-

geneinander ab, von harmlosen Sticheleien bis zu nationalen Stereotypen. Lebensgefährlich werden diese Differenzierungsprozesse jedoch, wenn sie in totale Feindschaften ableiten: Dann sind „Wir“ die Guten; „die Anderen“ sind die Bösen. Auf „unserer“ Seite steht die Vernunft und die Moral, auf „unserer“ Seite sind die guten Absichten und die wertvollen Traditionen. Der „Andere“ hat das Vertrauen gebrochen, und Vertrauen ist ihm nicht zu schenken. Er betreibt „Propaganda“ und hat schon immer Böses im Schilde geführt.

In Kriegen erscheint es unumgänglich, sich zu Freund oder Feind zu erklären. Der Erste Weltkrieg vor 100 Jahren und der Angriffskrieg der USA im Irak vor 20 Jahren waren auch Kriege der Kriegsbereichte.

„Embedded journalists“ kolportierten damals Berichte vom sauberen Krieg, den der Westen angeblich führte. Heute treiben uns Berichte von Kriegsgräueln, die russische Soldaten in der Ukraine begehen, auf die Barrikaden der Empörung. Am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow tauchte über Nacht der Aufruf „Tod allen Russen“ auf. Die Präsidentin der EU-Kommission zündet vor den Leichensäcken von Opfern des russischen Angriffs in einer ukrainischen Kleinstadt Kerzen an. All diese Parteinahmen kennen wir aus jedem Krieg. Moralische Entrüstung hat Hochkonjunktur.

Moralische Entrüstung beendet indes keine Kriege. Vielmehr kann sie Feindbilder verschärfen und Kriege verschlimmern. Verführerisch ist der Aufruf der Kriegstreiber: Seht das Elend! Wie unmenschlich ist der Feind! Wir müssen ein Ende bereiten! Das Gute braucht Waffen! So sehr in Kriegen moralische Argumente in die Schlacht geworfen werden, so sehr erstickt jeder Krieg die Moral. Die „Politik des Gewissens“ ist der verlässlichste Kanonier – auf beiden Seiten, und die Maxime „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ ist eine sichere Garantie für den Fortbestand aller Feindseligkeit. Ehrlichkeit und Besonnenheit sind die ersten Kriegsoffer.

Kriege enden schnell, wenn es keine Waffen mehr gibt, und sie enden nachhaltig in den Köpfen. Sie

enden, wenn das totale Feindbild in Grautöne aufgelöst wird. Die Guten sind nicht nur gut; die Guten haben ihre Leichen im Keller. Wir sind nicht ohne Fehl und Tadel. In unseren Reihen gibt es Machtgier und Unvernunft. Der Andere ist nicht das Böse schlechthin; er hat seine Gründe, er ist kein dämonischer Automat. Er hat Interessen. Genau wie wir. Über Interessen kann man reden. Das heißt Dialog, unter bestimmten Umständen interkultureller Dialog. Der Dialog braucht Ehrlichkeit.

Unehrllichkeit und Bedenkenlosigkeit sind Humus für den Krieg. 2001 erhielt Putin im Bundestag stehenden Applaus. Aber was taten die Abgeordneten darüber hinaus für die angebotene Kooperation? Putins Rede auf der Sicherheitskonferenz in München 2007 war bereits voller Anklagen gegen den Westen. Vor allem den USA hielt er vor, das Völkerrecht zu brechen. Inzwischen hatten die USA mit ihrer „Koalition der Willigen“ den Irak überfallen und war die Zweite Nato-Osterweiterung vollzogen worden. Putin forderte den Westen auf, die Interessen Russlands zu respektieren und sein Einflussgebiet nicht weiter gen Osten vorzuschieben. Respekt ist zwar ein Lieblingswort in Deutschland heute, aber die deutsche Politik zollte dem Partner im Osten jahrzehntelang keinen Respekt.

In den vergangenen 200 Jahren haben westliche Armeen zweimal Russlands Staatsgebiet verwüstet. Im Ersten Weltkrieg hat Deutschland die junge Sowjetunion erpresst, auf weite Teile ihres Territoriums, darunter die Ukraine, zu verzichten. Im Zweiten Weltkrieg hat die Sowjetunion dreimal so viele Soldaten verloren und zehnmal so viele Zivilisten wie Deutschland, insgesamt mindestens 25 Millionen Tote. Deutschland als ein Hauptverursacher dieser Verluste sollte sich mit moralischer Überhebung gegenüber Russland zurückhalten.

Europa wird außerhalb seiner Küsten nur ernst genommen werden und für eine Zukunft der Demokratie werben können, wenn es seinen eigenen Grundsätzen gemäß handelt und Völkerrecht und Menschenrechte achtet. Damit ist es nicht weit her. Hatte sich nicht ein deutscher Politiker dahin verstiegen zu behaupten, die Freiheit der Bundesrepublik würde „am Hindukusch verteidigt“? Am Hindukusch hat der Westen seine „Ortskräfte“ ganz unmoralisch im Stich gelassen. Während Europas Regierungen ukrainische Flüchtlinge mit offenen Armen empfangen, lassen sie flüchtende Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten zu

Zigtausenden im Mittelmeer ertrinken. Die europäische Moral ist in anderen Teilen der Welt längst als Doppelmoral in Verruf geraten.

Durch Rechthaberei, Unehrllichkeit und Rücksichtslosigkeit haben sich in Osteuropa beide Seiten in die Sackgasse absoluter Feindschaft hineinmanövriert. Russland steckt jetzt in dem Dilemma, einen Krieg gewinnen zu müssen, aus dem es nur als Verlierer hervorgehen kann. Europa muss die Kosten eines Krieges tragen, an dem andere verdienen. Am Ende des Krieges wird Russland das erreicht haben, was es durch den Krieg verhindern wollte: den Einfluss der EU bis zum Dnjepr; der Westen das, was am wenigsten in seinem Interesse liegt: Russland an der Seite Chinas.

Uns im SSIP muss beunruhigen, dass in Russland wie im Westen Feindbilder produziert und aktiviert werden, die ein klares Urteil vernebeln und die Perspektive auf eine europäische Politik für die Zukunft versperren.

Im Porträt des SSIP heißt es, der SSIP sei ein „Kreis von Experten, die an dem Gemeinsamen Haus Europa weiterbauen“, und von Menschen, „die überzeugt sind, dass die Gesellschaften Ost-, Ostmitteleuropas und auch die Mittelmeerländer in diesem Haus ihren Platz haben“. Daran ist nicht zu rütteln. Die berühmte Metapher wurde von Michail Gorbatschow, ohne den es nicht zur Wiedervereinigung gekommen wäre, benutzt. Sie wurde zehn Jahre später von Wladimir Putin inhaltlich aufgegriffen.

Europas Stimme in der Welt hängt nicht von Technologie oder Hegemonie ab. Europa wird in Zukunft gehört werden, wenn es heute einen gerechten Interessenausgleich in seinem Haus zu Wege bringen kann, und in sein Haus gehören die Länder am Mittelmeer genauso wie die Gesellschaften Ost- und Ostmitteleuropas.

Jetzt ist die Zeit für den SSIP, sich seiner Tradition zu besinnen.

Quellenhinweis: Das Gedicht von Jehuda Amichai ist entnommen aus: Elisabeth Kruse, Zwischen Christen und Muslimen. Erfahrungen aus einem Berliner Bezirk, in: Drea Fröchtling / Roswith Gerloff / Armin Triebel (Hgg.), Glaube über Grenzen hinweg / Faith Across Frontiers, Berlin: Weißensee 2018, S. 129–155, hier S. 129.

F. Aus der Forschung

F1/2022-1_2 **Die Grenzen werden mobil**

Drei Wochen, bevor die Corona-Politik weltweit die Mobilität der Menschen so gut wie zum Erliegen brachte, erschien ein Buch von **AYELET SHACHAR**, einer Professorin für Rechts- und Politikwissenschaften, die einen großen wissenschaftlichen Namen und viel internationale Erfahrung hat. Sie war von 2015 bis 2020 Direktorin der Abteilung für Ethik, Recht und Politik des *Max-Planck-Instituts zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften* in Göttingen. Sie ist jetzt in **Toronto** Professorin für *Law, Political Science and Global Affairs* an der University of Toronto und Inhaberin des *R.F. Harney Chair in Ethnic, Immigration and Pluralism Studies* an der *University of Toronto*; dort leitet sie außerdem das *Harney-Program* an der **Munk School of Global Affairs & Public Policy**.

Am 6. Mai 2021 stellte die Verfasserin das Buch in einer *online*-Schaltung unter dem Vortragstitel „*Shifting Borders in the Time of Covid-19*“ in der Berliner Privatuniversität **Hertie School** vor. Das Buch besteht aus drei Teilen. Teil I enthält einen *lead essay* von Ayelet Shachar, Teil II Reaktionen darauf, und zwar:

- Sarah Fine: *Monsters, Inc. – the fight back*
- Noora Lori: *Migration, time and the shift toward autocracy*
- Steffen Mau: *Borders that stay, move, and expand*
- Leti Volpp: *Pushing out and bleeding in. On the mobility of borders*
- Chimène I. Keitner: *The law and politics of the ‚shifting border‘*
- Jakob Huber: *The underrated premium of territorial arrival*

Im dritten Teil antwortet Ayelet Shachar auf diese Kommentare („*The multiple sites of justice: a reply*“).

In ihrem Vortrag für die **Hertie School** („*The Shifting Borders – Legal Cartographies of Migration & Mobility*“) fasste sie die wesentlichen Inhalte ihres bemerkenswert aktuellen Buches zusammen. Der Vortrag war fast identisch mit einem, auf den sie

zum Nachhören verwies und den sie im Rahmen des „Göttinger Literaturherbstes“ 2020 in der Göttinger Paulinerkirche im Gespräch mit Patrick Cramer (*Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie*) gehalten hatte (<https://www.mmg.mpg.de/ayelet-shachar-de>). In der *Hertie School* wurde die Diskussion moderiert von Cathryn Costello.

Ayelet Shachar analysiert **die Rückkehr der Grenzen** und die radikale Transformation, die Grenzen aufgrund der neuen Informationstechnologien und der Stärkung exekutiver Befugnisse auf Seiten von Nationalstaaten wie auch auf Seiten internationaler Organisationen erfahren. Das berührt die Rechte und Möglichkeiten von Migranten, insbesondere Asylsuchenden, zur Einreise in ein Zielland unmittelbar und grundlegend.

Beim Wort „Grenze“ mag man noch zuerst an Mauern denken, wie sie nach 1990 fielen. Was sich aber parallel dazu ereignete, ist, dass Grenzen sich verschoben und bewegliche Systeme wurden („*shifting borders – moving barriers*“). Als die Berliner Mauer 1989 fiel, sagten viele voraus, dass solche Mauern bald zu Relikten einer vergangenen Ära werden würden. Heute sehen wir eine andere Realität. Anstatt zu verschwinden, wandeln sich die Grenzen. Die Grenze selbst hat sich zu einer beweglichen Barriere entwickelt, zu einem unverankerten rechtlichen Konstrukt. Sie hat sich von der Landkarte gelöst; sie kann sich über die Grenzen von Gebieten hinaus oder in deren Inneres erstrecken. Die Pandemie hat diese Tendenzen verstärkt. Entgegen den Erwartungen haben die Staaten eine völlig neue **rechtliche Kartographie** der Kontrolle über Grenzen und Bewegungen geschaffen. Die Grenze ist nicht länger eine feste Sperre, sondern nun ein mobiles, bewegliches, ausgeklügeltes und sich ständig wandelndes Rechtskonstrukt – in diesem Sinne eine sich verschiebende Grenze, die an unzählige Orte neu verlegt werden kann. Das hat dramatische Auswirkungen auf die Rechte und den Schutz derjenigen, die unter ihren Geltungsbereich fallen. Die sich verschiebende Grenze ist zugleich „multidirektional“ und rutschig. Es ist nicht die transnationale, offene und tolerante Variante, die die Theorien über den Untergang des Nationalstaates und die Hoffnungen auf globale Durchlässigkeit erwartet hatten (so z. B. noch Triebel, *Durchlässige Grenzen*, 2018).

Stattdessen hat sich eine dunklere Variante herausgebildet. Weit entfernt von dem Traum einer

grenzenlosen Welt sehen wir heute nicht nur mehr Grenzmauern und Zäune, sondern auch die rasante Verbreitung „beweglicher“ und rechtlicher Barrieren, die überall auftauchen können, aber selektiv und ungleichmäßig angewandt werden, wobei Grad, Intensität und Häufigkeit der Regulierung schwanken. Dieser Wandel erschüttert die Annahmen über das Schwinden nationalstaatlicher Souveränität und erteilt all jenen Stammtischplauderern eine ironische Abfuhr, die – populistisch – das Heil in Grenzbefestigungen aus Sperren und Stacheldraht sehen.

Diese Veränderung ist – wie Shachar im Laufe der Diskussion sagte – eine massive Bedrohung für jenes fundamentale Menschenrecht, welches darin besteht, **weggehen zu dürfen**. Wir alle, war ihr Resümee, befinden uns inzwischen in Reichweite von diesen **shifting borders**.

Die Merkmale der neuen Grenzen veranschaulichte sie an drei Beispielen:

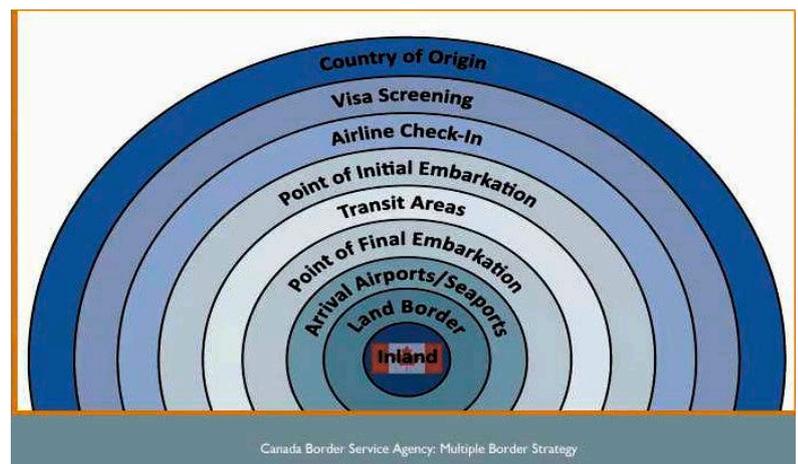
① Merkmal „*bleeding inward*“: Die Erweiterung der US-Außengrenze und entsprechender Überwachungsmaßnahmen ins Inland hinein um ca. 100 Meilen erfasst eine Zone mit (2007) fast 200 Millionen Einwohnern, in der die großen Städte und solche mit einem hohen Anteil an migrantischer Bevölkerung liegen.

Abb. 1: Ausdehnung des US-Territoriums („100 mile zone“), in dem verfassungsgemäße Bürgerrechte außer Kraft gesetzt sind



② Merkmal „*stretching outward*“: Kanada praktiziert die Technik, Immigranten bereits durch Regelungen zu erfassen, noch bevor sie sich überhaupt bewegt haben. Das setzt ein *screening* über mehrere Sphären hinweg voraus. Die Strategie der Behörden liegt erklärtermaßen darin, „*to push the border as far away as possible*“. Die Grenze des Ziellandes wird aufgefächert von der ersten bis zur letzte Barriere, die der Einreisewillige zu überwinden hat. Der Arm des Staates wird also sehr viel länger, und er bedient sich als Ausführungsgehilfen anderer, auch privater Akteure wie Fluggesellschaften, um das staatliche Ziel der möglichst weit vorgelagerten Überwachung des Einreisewilligen zu erreichen. Das bedeutet, wie Shachar betont, dass der Reisende in diesen **Grenzspähren** so gut wie keine Klagemöglichkeiten hat. Während der Corona-Pandemie wird dieses Grenzregime auf alle Reiseaktivitäten angewendet.

Abb. 2: Kanadische Strategie für eine Vorverlagerung der Außengrenzen



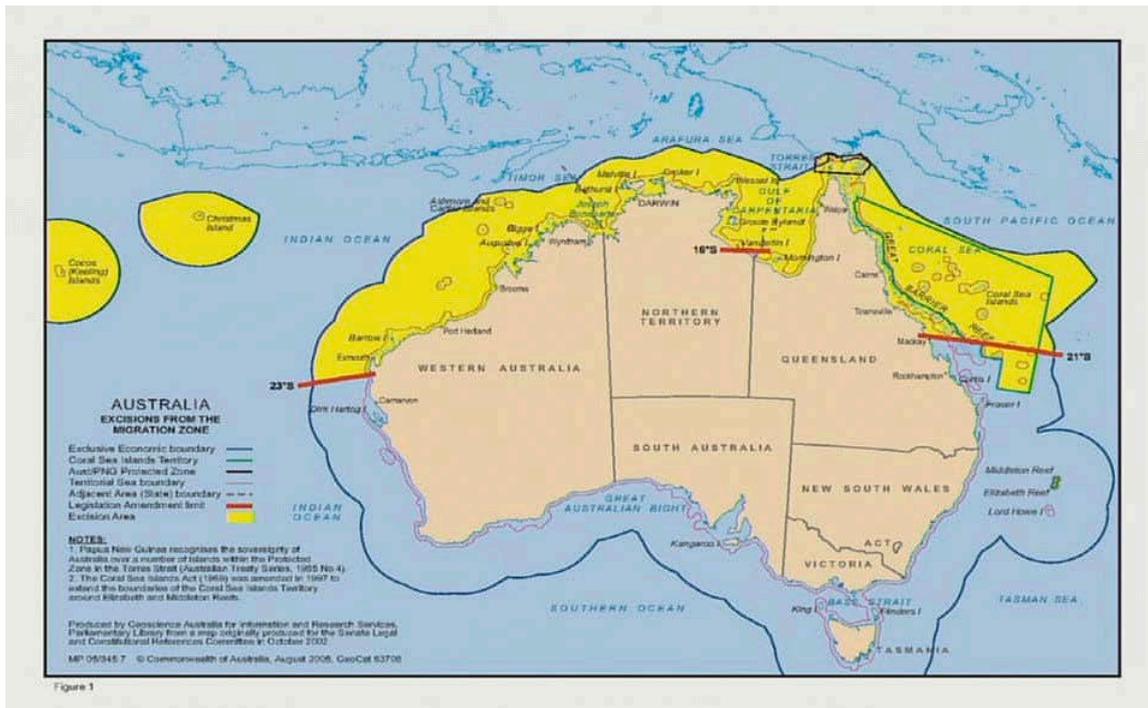


Abb. 3: Zonen des Australischen Territoriums, in denen bei „nicht-authorisierter Immigration“ Visa-Rechte außer Kraft gesetzt sind

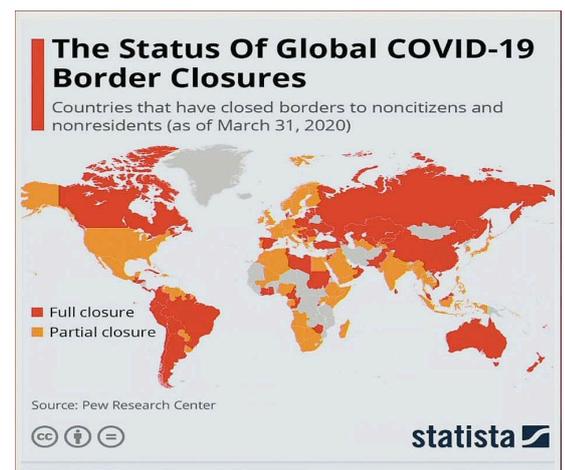
③ Merkmal „*erasing territory*“: Australien hat seit 2001 eine weitere Variante entwickelt, indem es zunächst Teile des Landes zu sogenannten „*immigration zones*“ erklärt hat (auf der Karte die gelb eingefärbten Gebiete, Stand vor 2013), ab 2013 ganz Australien. Hier können Asylsuchende ohne weiteres wieder des Landes verwiesen werden, denn von Gesetzes wegen befinden sie sich gar nicht „im Land“. Australien hat laut Shachar *qua* Gesetz festgesetzt, dass Asylsuchende in solchen *excision zones* gar nicht als auf dem Territorium befindlich betrachtet werden. So können die übernational geltenden Rechte Asylsuchender auch nicht auf diese Personen angewendet werden. Wenn sie außen das physische Territorium erreicht haben, werden sie ohne weiteres auf eine kleine abgelegene Insel transportiert, wo sie den Ausgang ihres Asylverfahrens, was Jahre dauern könne, abwarten müssen.

Im letzten Teil ihres Vortrages umriss A. Shachar die Anwendung dieser **Grenzregime in der Corona-Zeit** und die zu erwartende Festigung dieser Grenzregime in der Zukunft. Es ist festzustellen, dass Ende März 2020 zum Höhepunkt des globalen *lock down* 200 Länder Mobilitätseinschränkungen erlassen hatten und damit 90 % der Weltbevölkerung solchen Regelungen unterlag. Die Frage, die A. Shachar besonders betonte, ist: Wie konnte die Mobilität in so kurzer Zeit so effektiv stillgelegt werden? Das war nur möglich aufgrund des Modells der *shifting borders*, indem die Bewegung der Personen schon lange vor ihrer Ankunft in einem

Zielland kontrolliert und ggf. stillgelegt wurde. So wurde z.B. die Vorlage eines Impfsertifikates mit sehr kurzer Geltungsdauer zur Voraussetzung für den Kauf eines Flugtickets am Ausgangsort gemacht. Sogar nach einer legalen Ankunft am Zielort konnte die „Grenze“ der Person auf den Leib rücken z.B. in Form eines „*digital fence*“ wie in Hongkong, wo jede einreisende Person ein Armband mit einer digitalen Überwachungsrichtung bekam, so dass sichergestellt war, dass sie

sich für einen festgelegten Zeitraum nur in einem festgelegten Areal bewegte.

Die Techniken und Strategien, die unter Covid 19 verfolgt wurden, nimmt A. Shachar als Anhaltspunkt für einen Ausblick darauf, wie *shifting borders* in der Zukunft aussehen könnten; denn die Erfahrung lehrt, dass Regularien, in Krisenzeiten eingeführt, mindestens teilweise in die Normalzeit hinübergenommen werden.



Es sei davon auszugehen, dass an die Stelle von Dokumenten, mit denen der Reisende seine Berechtigung zum Grenzübergang nachweist, sein eigener Körper tritt, was dessen biometrische Erfassung voraussetzt. Das Ziel, das Staaten wie China, die USA, die Vereinigten Arabischen Emirate, Australien, Großbritannien erklärtermaßen verfolgen, ist das **Reisen ohne Pass**. Shachar erwähnt ein Pilotprojekt der EU, in dem schon vor Jahren die *eye-bor-*

der control durch ein KI-gestütztes Interview mit einem Avatar ergänzt wurde. Dieses war nach dem Prinzip der Lügendetektoren konstruiert und maß Augenbewegungen und kleinste gestische Äußerungen der Person. Danach wurde für jedes Individuum ein persönlicher Risikofaktor berechnet, der der Person für immer angeheftet bleiben sollte. Damit trägt jedes Individuum die Grenze und die zum Grenzübertritt berechtigenden Parameter in sich und mit sich; die Grenze wird ein „mobile movable construct“.

Anders als mit solchen transportablen Maschinen, erfolgt im *Dubai International Airport* (Terminal 3) die Kontrolle in einem biometrischen Überwachungstunnel („smart tunnel“) als Pilotprojekt, wo die Augenkontrolle mit Hilfe eines Aquariumfensters, zu dem die Reisenden unwillkürlich hinschauen, erfolgt. Das unauffällige screening des ganzen Körpers besorgen 80 Kameras mit umfassendem Datenabgleich im Hintergrund.

Die *shifting border* wäre das Ende der „statischen Grenzen“ mit Schlagbaum, wie wir sie bisher kennen. Sie erlaubt zunächst, die Grenze vom Territorium abzulösen und die Grenze in mehrfacher Art zu flexibilisieren. In einem weiteren Schritt bedeutet *shifting border*, die Berechtigung zum Grenzübertritt in den Körper der Person selbst zu verlegen und die Kriterien für die Grenzübertrittserlaubnis für Gruppen oder für Individuen rasch zu verändern.

Quelle: ayelet.shachar@utoronto.ca;

<https://www.mmg.mpg.de/ayelet-shachar-de>

Armin Triebel, *Durchlässige Grenzen. Bemerkungen zum widerspruchsvollen Zusammenhang von Homogenität und Grenze*, in: *Glaube über Grenzen hinweg / Faith Across Frontiers* (Reihe Perspektivenwechsel Interkulturell; Bd. 6), hrsg. v. Drea Fröchtling / Roswith Gerloff / Armin Triebel, Berlin: Weißensee 2018, S. 11–40.

I1/2022-1_2 1219 – im Buch

In Heft 61 von *interkulturell aktuell* (I1/2019-3_4) hatte der SSIP an das große Datum 1219 erinnert. Die Deutsche Post hatte zum 800. Jahrestag eine Sonderbriefmarke herausgebracht. In diesem Jahr belagerten die christlichen Heere des Fünften Kreuzzuges die Stadt Damiette im Nildelta, und Franz von Assisi schlug sich durch die feindlichen Linien zu Sultan Al-Malik al-Kamil Muhammad durch, der ihn zu einem Religionsgespräch empfing. Vielleicht versuchte Franz von Assisi auch, ein bisschen zu missionieren. Im oben zitierten Artikel war ein Buch über dieses Ereignis angekündigt. Dieses ist im April 2021 erschienen:

Amir Dziri / Angelica Hilsebein / Mouhanad Khorchide / Bernd Schmies (Hgg.), *Der Sultan und der Heilige. Islamisch-Christliche Perspektiven auf die Begegnung des Hl. Franziskus mit Sultan al-Kamil (1219–2019)*, Münster: Aschendorff 2021, 738 Seiten, ISBN 978-3-402-24644-3, 82,00 €.

Von den vier Herausgebern sind zwei Hochschullehrer. AMIR DZIRI besetzt seit September 2017 die erste Professur für Islamische Studien in der Schweiz und ist Direktor des Schweizerischen Zen-

trums für Islam und Gesellschaft der Universität Fribourg. MOUHANAD KHORCHIDE ist Professor für islamische Religionspädagogik am Centrum für Religiöse Studien und Leiter des Zentrums für Islamische Theologie an der Universität in Münster. ANGELICA HILSEBEIN ist Referentin für Interreligiösen Dialog im Erzbistum Berlin, und BERND SCHMIES leitet die Fachstelle Franziskanische Forschung Münster.

Die 25 Beiträge sind in fünf Abschnitte gegliedert. Der Beitrag von Michael Borgolte („Hört zu, wir müssen reden! Über Begegnungen von Christen, Muslimen und Juden im Mittelalter“) gehört noch zur Einleitung.

Im Abschnitt „Historische Perspektive“ wird der Kreuzzug in die Zusammenhänge der Vergangenheit eingeordnet. Dazu gehört anerkannterweise auch der Versuch, unterschiedliche Perspektiven auf diese Kreuzfahrgeschichte zu rekonstruieren (Thomas Würtz: „Was ereignet sich? Ein Überblick über die Ereignisgeschichte der Kreuzzüge aus muslimischer Perspektive“, Joachim Jakob: „Kreuzzüge und Kreuzfahrer aus der Perspektive syrisch-christlicher Autoren des 12. und 13. Jahrhunderts“, Bernd Schmies: „Franziskus und al-Malik al-Kāmil – Ihre Begegnung im Spiegel

I. Islam, Muslime und Mittlerer Ostem



I

der lateineuropäischen christlichen Quellen“ und Kurt Franz über die „zeitgenössische orientalische Schau des Kreuzzuges gegen Damietta“).

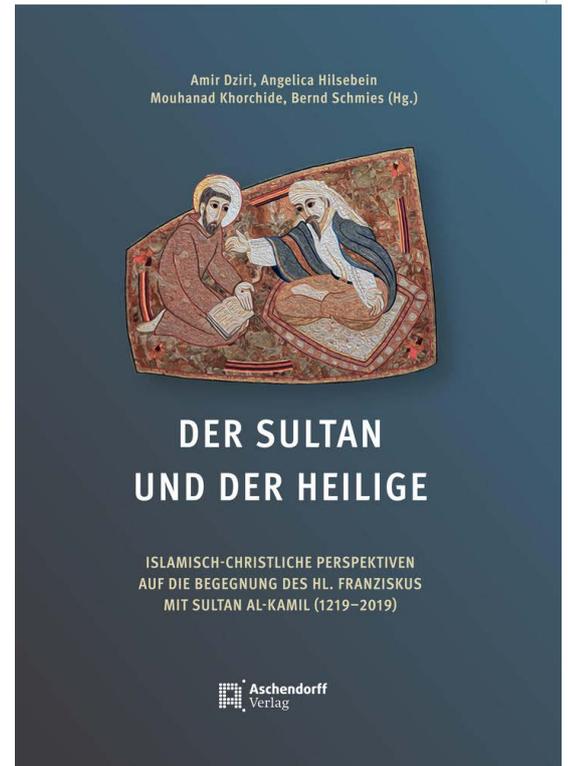
Der Abschnitt „Rezeption“ spannt den zeitlichen Bogen vom Mittelalter (Martina Kreidler-Kos zum Überfall auf die Gemeinschaft der Hl. Klara von Assisi im September 1240) bis in die Jetztzeit (Niklaus Kuster: „Franziskus und Sultan Muḥammad al-Kāmil in Kino und Fernsehen. Filmszenen einer prophetischen Begegnung“).

Im Abschnitt „Theologische Kontexte“ sind zwei Aufsätze hervorzuheben, weil sie die Aktualität dieses mittelalterlichen Religionsgesprächs für unsere unfriedliche Zeit diskutieren (Georges Tamer: „Theologische Grundlagen des interreligiösen Dialogs in der Bibel und im Koran“ und Willem Marie Speelman: „Friede als Weg. Der Friede bei Franziskus und in unserer Gegenwart“). Hieran schließt der Abschnitt „Interreligiöser Dialog heute“ mit vier Aufsätzen an (darunter Mouhanad Khorchide: „Vom Dialog mit Gott zum Dialog zwischen den Menschen – Interreligiöse Begegnung als islamische Aufgabe“). Auch der letzte Abschnitt mit dem vielleicht nicht ganz glücklich gewählten Titel „Interreligiöser Dialog aus der Perspektive nicht-franziskanischer Akteure“ setzt die Begegnung von 1219 mit unserer Zeit in Beziehung und beinhaltet anregende Beiträge (z. B. David Rüschemschmidt: „Der christlich-islamische Dialog in der deutschen Zivilgesellschaft“ und von Ruprecht Polenz, dem langjährigen Generalsekretär der CDU, der stets für den christlich-muslimischen Dialog engagiert

K. Konvivenz, Kooperationen

K1/2022-1_2 Wasatia heißt...

... auf Arabisch „Vermittlung, **Versöhnung**, Ausgleich, Mäßigung“. Das ist der Name einer Trilateralen Graduiertenschule für die Ausbildung von Doktoranden, die 4.11.2021 an der **Europa-Universität Flensburg** (EUF) feierlich eröffnet wurde. Die *European Wasatia Graduate School for Peace and Conflict Resolution* ist ein israelisch-palästinensisch-deutsches Promotionskolleg, in dem Ursachen politischer Konflikte analysiert und Prozesse der Versöhnung akademisch begleitet werden. Es wird getragen von der Universität Flensburg und dem **MENA Studies Centre** der *Maecenata-Stiftung* in Berlin. Jetzt am Anfang hat sie erst insgesamt zwölf Promovendinnen und Promovenden. Der Initiator und Leiter dieser *Graduate School*



war: „Wie hast Du’s mit dem Staat – Politik und interreligiöser Dialog“).

Der voluminöse Band enthält Abkürzungsverzeichnis, Personenregister und Autorenverzeichnis.

Quelle: <https://franziskanische-forschung.jimdo.free.com/> und *Verlagsinformation*

ist **RALF WÜSTENBERG**, Professor für Evangelische Theologie mit dem Schwerpunkt systematische und historische Theologie an der EUF. Nach seinen Worten ist die *European Wasatia Graduate School for Peace and Conflict Resolution* darauf ausgerichtet, einen „Prozess der Versöhnung“ zu initiieren.

Neben Prof. Wüstenberg fungiert als Leiterin der *Wasatia Graduate School for Peace and Conflict Resolution* **DR. ZEINA BARAKAT** (EUF und *Research Associate*, University of Cambridge UK).

Vorausgegangen war dieser Gründung eine Tagung des *Von Hügel Institute for Critical Catholic Inquiry* mit dem Thema „**Refining Trust: Palestine in Comparative Perspective**“ am 9. und 10. März 2018 im

St Edmund's College der Universität Cambridge. Hier wurden Referate zu Palästina („*History and Vision*“), Südafrika, Nordirland und Rwanda gehalten. In einem Referat zur deutschen Wiedervereinigung ging Prof. Wüstenberg auf mehrere Schlüsselfragen im Zusammenhang mit der Verbesserung der Bedingungen für Vertrauen ein. Der englische Tagungsbericht vermerkt, dass Wüstenberg sein hauptsächlichliches Augenmerk auf den Systemwandel richtete, der mit der deutschen Wiedervereinigung einherging. Als besonders kritischen Punkt hob er die Frage, ob der Verzicht auf Strafe Vergebung voraussetzt, hervor. In Deutschland habe seiner Meinung nach das Festhalten an Kontinuität eine große Rolle gespielt. Die Beibehaltung von Kontinuität sei durch Eingeständnisse von Schuld und explizite Erklärungen von Vergebung abgestützt worden. Das habe zu einem gewissen Grad an politischer Versöhnung geführt. In der Diskussion wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit man erwarten könne, dass spirituelle oder religiöse Gebote der Vergebung und Versöhnung auf den politischen Bereich übergreifen. Die Bedeutung von persönlicher Verantwortung und Vergebung wurde als ein grundlegendes Element des gesamten Versöhnungs- und Einigungsprozesses in Deutschland ausgemacht.

Das Graduiertenkolleg soll Versöhnungsprozesse in Gang setzen. Es soll den interdisziplinären Rahmen für ein dialogisches Verstehen der strukturellen Natur, die Konflikten eigen ist, und für die Entwicklung nachhaltiger Konfliktlösungsstrategien herstellen:

This PhD-Programme creates an interdisciplinary framework for dialogical understanding of the structural nature of conflict and the development of sustainable conflict resolution strategies. The combination of practical elements with high standards for university education is what makes the wasatia Graduate School unique.

Aus SSIP-Sicht ist bemerkenswert, dass von der „strukturellen Natur von Konflikten“ geredet wird. Es ist einerseits sicher richtig zu bemerken, dass Konflikte **strukturelle Ursachen** haben, z. B. Machtverhältnisse oder soziale und ökonomische Ungleichheit. Darüber darf man aber nicht vergessen, dass solche Strukturen medial umgesetzt werden von interessegeleiteten Akteuren, die sich dabei ggf. des Einsatzes von Stereotypen, Feindbildern und anderer **Verfeindungsstrategien** bedienen, um Massen zu mobilisieren. Das Verstehen strukturel-

ler Gegebenheiten ist also ein Schritt, das Erkennen der massenwirksamen Funktionalisierung von Interessenkonflikten ein notwendiger zweiter.

Am 9.11.2021 fand in der *Katholischen Akademie Berlin* ein Festakt zur Eröffnung der *Wasatia Graduate School* der Universität Flensburg statt („Zur politischen Dimension der Versöhnung“). Den Festvortrag hielt der evangelische Bischof em. Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Huber („Hoffnung auf Versöhnung“). Prof. Ralf K. Wüstenberg erklärte die *Wasatia Graduate School for Peace and Conflict Resolution*, und Grußworte kamen von Prof. Mohamed Dajani-Daoudi (*Wasatia Graduate Institute Jerusalem*), Dr. Nora Kalbarczyk (Generalsekretärin *Katholischer Akademischer Ausländer-Dienst*), Prof. Dr. Ahmet Öztaş (Präsident der *EPOKA University Tirana*), Prof. Dr. Iulia Patrut (Vizepräsidentin der Europa-Universität Flensburg) und Dr. Rupert Graf Strachwitz (*Maecenata-Stiftung*).

In der Pressemitteilung der *Maecenata-Stiftung* (11. Januar 2021) wird hervorgehoben, dass sich der Arbeitsplan des Kollegs in drei Phasen gliedert, für die eingeleitet jeweils ein grundlegender Begriff steht, angefangen mit dem der **Wahrhaftigkeit**. In Phase zwei geht es um **Recht**, in Phase drei um **Versöhnung**. Die Verbindung praktischer Elemente mit dem universitären Bildungsanspruch der Promotionsförderung mache die Einzigartigkeit des Kollegs aus. Theorie und Praxis werden verzahnt, indem universitäre Bildung mit einem zivilgesellschaftlichen „*Bottom-up-Format*“ („von unten nach oben“) verbunden wird, schreibt *Maecenata*.

Die *Katholische Akademie* betont die internationalen Erfahrungen (Südafrika, Nordirland, Kosovo, Deutschland), die einbezogen werden sollen, und die „praktischen Exkursionen, beispielweise zu Holocaust-Gedenkorten“, die man unternehmen will. Sie betont, dass das Promotionskolleg interdisziplinär, transnational und multireligiös ausgerichtet ist und dass es kompetente Multiplikatoren bzw. Multiplikatorinnen aus Israel und Palästina ausbilden will, die eine Brücke zwischen der akademischen Reflexion von Konfliktlösungsstrategien und ihrer zivilgesellschaftlichen Umsetzung schlagen. Dabei erwähnt die *Katholische Akademie* das bei ihr gerade zu Ende gegangene **Projekt „Erinnerte Zukunft“**, in dem es auch darum gegangen sei, langfristiger Versöhnungsarbeit Raum zu geben und diese zu unterstützen.

K

Programmatische Vorträge wurden von der *Maecenata-Stiftung* in einer kleinen Broschüre herausgegeben:

Z. Barakat / W. Huber / U. Steinbach / R. Wüstenberg, *Wasatia: Opening a Graduate School for Peace and Conflict Resolution* (Europa Bottom-Up; 27), München / Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft 2022, 28 Seiten, ISSN 2197-6821, https://www.maecenata.eu/wp-content/uploads/2023/06/EBU-Wasatia_final_mit_URN.pdf

Sie enthält eine Einleitung und Beiträge von Prof. Dr. Dr. Wolfgang Huber und Prof. Dr. Udo Steinbach:

- Ralf K. Wüstenberg / Zeina M. Barakat, *Introduction*
- Udo Steinbach, *Global and European Challenges of the Middle East Conflict* (Flensburg, 4th November, 2021)
- Wolfgang Huber, *Hope for Reconciliation* (Berlin, 9th November, 2021)



Dr.
Zeina Barakat



Prof. Dr.
Ralf K. Wüstenberg

Adresse:

Maecenata Stiftung

10179 Berlin

Rungestraße 17

Tel.: 030 / 28 38 79 09; Fax: 030 / 28 38 79 10,

E-Mail: kommunikation@maecenata.eu

Website: www.maecenata.eu

Quellen / Text: <https://www.vhi.st-edmunds.cam.ac.uk/research/current-projects/refining-trust-2018>; <https://www.uni-flensburg.de/trilateral-graduate-school>; https://www.uni-flensburg.de/ices/forschung/projekte/european-wasatia-graduate-school?amp%3BcHash=f729fe5f6854842fa4d8a0ed79ecc0d4&sword_list%5B0%5D=euf&cHash=2690a5fdf2c41fa2fa337b9d-03414da8; <https://www.maecenata.eu/>; <https://www.katholische-akademie-berlin.de/veranstaltung/zur-politischen-dimension-der-versoehnung/>.

M. Migration, Diaspora

M1_/2022-1_2 **Fluchtarchiv im Haus der Kulturen der Welt**

Bis zum 3. Oktober 2021 lief eine Ausstellung im Berliner *Haus der Kulturen der Welt*, in der sich das **Archiv der Flucht** vorstellte. Dieses Archiv ist nun *online* zugänglich. Es ist ein *Oral-History*-Projekt, 2016 gegründet, das filmische Interviews von (bis jetzt) über 40 Geflüchteten, die zwischen 1945 und 2016 in die Bundesrepublik oder die DDR eingewandert sind, zur Verfügung stellt. Sie stammen aus 27 Herkunftsländern in Südamerika, Afrika, Ost- und Südosteuropa, im Nahen und Mittleren Osten sowie Südost- und Ostasien und teilen ihre Fluchtgeschichten in neun Sprachen mit. Zum Zeitpunkt der Aufzeichnungen waren die Befragten zwischen 19 und 87 Jahre alt. Die Geschichten umfassen die unterschiedlichsten sozialen oder kulturellen Hintergründe, Religionen, Lebensstile, Generationen und sozialen Schichten. Kuratiert wird das Projekt von **CAROLIN EMCKE** und **MANUELA BOJADŽIJEV**. Die Verantwortlichen schreiben auf der *website*:

Das Oral-History-Projekt betrachtet die Erinnerungen nach Deutschland migrierter Menschen als integralen Bestandteil deutscher Nachkriegsgeschichte und bewahrt sie vor dem Vergessen und Verdrängen.

Der **Begriff der Flucht**, für den man sich entschied, schließt nicht nur Menschen, die ihre Herkunftsländer zwangsweise verlassen mussten, ein, sondern auch Menschen, die ursprünglich mit einem Stipendium oder zum Arbeiten nach Deutschland gekommen waren, deren Status sich im Verlauf ihres Aufenthalts aber änderte, weil sie nicht mehr in ihr Land zurückkehren konnten und damit ins Exil gedrängt wurden. Entscheidend ist, dass diese Menschen nicht freiwillig gegangen waren bzw. dass sie geblieben sind.

Mit dem *Archiv der Flucht* soll „ein digitaler **Gedächtnisort**“ geschaffen werden, der die Geschichten und die Geschichte von Flucht und Vertreibung nach Deutschland im 20. und 21. Jahrhundert bewahrt und reflektiert:

Das *Archiv der Flucht* will die Erfahrungen, die die Flucht verursachten und die sich hier kreuzen, bewahren, weil sie sonst vergessen und verdrängt werden. Erst mit und durch diese Geschichten kann es gelingen, die Gegenwart und Zukunft der Gesellschaft zu verstehen. Welche Ähnlichkeiten spiegeln sich in den unterschiedlichen Fluchterfahrungen, und welche Unterschiede werden deutlich? Mit welchen Wünschen und Ambitionen, aber auch welchen Traumata sind die Menschen hierhergekommen? Welche Erfahrungen des Ankommens und der Ausgrenzung wiederholen sich? Wie werden die sozialen, politischen oder kulturellen Schwellen der Zugehörigkeit verhandelt oder verändert? Was erzählen sie uns über das Hier?

Carolin Emcke, Manuela Bojadžijev, Gabriele von Annim, Eva Gilmer, Charlene Lynch, Ethel Maala de Mazza, Mohammad A. S. Sarhangi, Amir Theilhaber und Joseph Vogl sprachen über mehrere Jahre hinweg mit den Geflüchteten. Die Verantwortlichen haben über den methodischen Zugang viel nachgedacht. Die **Ausgangsfrage** war: Welche Formen des Erinnerns braucht es in den heutigen Einwanderungsgesellschaften? Über anderthalb Jahre wurden Workshops mit einem interdisziplinären Team aus Interviewerinnen und Interviewern, Beraterinnen und Beratern organisiert, um sich über methodische Fragen klar zu werden. Welcher Fluchtbegriff sollte dem Archiv zugrundegelegt werden? Welche Zeitspanne wollte man erfassen? Welche Themen und Motive sollten sich durch alle Gespräche ziehen, damit sich auch strukturelle Ähnlichkeiten (oder Unterschiede) in den Erzählungen erkennen ließen? Wie sollte sich vermeiden lassen, dass nur die zu Wort kämen, die ohnehin privilegierter sind und ohnehin eher gehört und gesehen werden? Vor allem waren sich die Beteiligten bewusst, dass die Anhörungen durch das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge*

(BAMF) selber auch traumatische Erfahrungen hinterlassen haben konnten. Wie sollte verhindert werden, dass die filmisch-dokumentarischen Gespräche diese wiederholten und vertieften?

Erst im zweiten Schritt wurde in einschlägigen Communities, Vereinen, Hilfsorganisationen nach Menschen gesucht, die mitwirken würden. Es wurde, wie die Organisatoren erläutern, auch gezielt nach bestimmten Erfahrungen und Herkunftsländern gesucht (Frauen, weniger gut Ausgebildete, ältere Menschen). Bei der Suche beschränkte man sich auf die Region Berlin-Brandenburg.

Die meisten der Interviewerinnen und Interviewer haben alle Phasen der Vorbereitung und der Auswahl der Gesprächspartnerinnen / Gesprächspartner, der Entwicklung der Fragestellungen und des Leitfadens für die Gespräche mitgestaltet. Zu dem Wissen und der Erfahrung, die bei ihnen vorhanden waren, kam noch ein Team an Expertinnen und Experten hinzu, die das Projekt in allen Phasen begleitet haben (juristische Beratung in Bezug auf Asyl- und Aufenthaltsrecht, die psychologische Beratung im Hinblick auf Traumatisierungen, sprachlich-technische Beratung für die Verdolmetschung der Gespräche). Es wurde ein Interview-Leitfaden und gemeinsam mit der Filmemacherin **Heidi Spiegogna** ein filmisches Konzept entwickelt.

Das *Archiv der Flucht* bemüht sich, wie es heißt, keine Erklärungen oder Deutungen vorzugeben. Erklärung und Deutung obliegen den Betrachtern und Zuhörern, die hoffentlich zahlreich und interessiert dieses Angebot aufnehmen.

Quelle: <https://archivderflucht.hkw.de/>; https://archiv.hkw.de/de/programm/projekte/2021/archiv_der_flucht/start.php

M



M

M₂/2022-1_2 „Migrationshintergrund“

Seit Jahren steht der „Migrationshintergrund“ in der Kritik. Das *Statistische Bundesamt* reagiert jetzt und führt eine neue Kategorie ein. Der Vorsitzende des SSIIP hat 2016 diesen Begriff als Produkt des 19. Jahrhunderts zurückgewiesen (Armin Triebel, Einleitung – Kultur nicht im Container, in: *Roswith Gerloff. Auf Grenzen – Ein Leben im Dazwischen von Kulturen*, Perspektivenwechsel interkulturell; Bd. 5, Berlin: Weißensee 2016, S. 22):

Das Hybride, der Synkretismus – das kann nur pejorativ erscheinen, wo unser Denken immer noch durch das Ideal des „völkisch“ reinen Nationalstaats im neuzeitlichen Europa verdorben ist. Den vielfach verschachtelten und sich einander überlagernden Rechtsverhältnissen des Ancien Régime widersprach der Gedanke jeder Homogenität. Nur die Religionsortierung 1555 nach der Glaubensspaltung im frühneuzeitlichen Europa und der Nationalstaat des 19. Jahrhunderts hat die Uniformität zur Norm gemacht. Zuletzt kulminierte das Homogenitätsdenken in der Chimäre von der Blutsgleichheit aller „Volksgenossen“ und konnte im großen Stil dann die Reinigung des Volkskörpers von allem als „wesensfremd“ Festgestellten in Angriff nehmen. [...] Noch die unsägliche Rede von dem „Migrationshintergrund“ heutzutage verrät die jahrhundertelange Gewöhnung ans Reinheitsdenken. Diesem ist normal nur das Genuine, das Unvermischte, dem unverhüllt seine Herkunft anzusehen ist. Das Abweichende lauert im Hintergrund.

Der *Mediendienst Integration des Rates für Migration e.V.* (Andrea Pürckhauer) berichtet, dass im Jahr 2021 die zwei Jahre vorher gegründete „Fachkommission Integrationsfähigkeit“ (25 Personen) vorgeschlagen hat, den Begriff „Migrationshintergrund“ aufzugeben. Er solle ersetzt werden durch „Eingewanderte und ihre Nachkommen“. Das *Statistische Bundesamt* hat darauf jetzt reagiert und führt eine neue Kategorie ein. In diese fallen in Zukunft:

- Personen, die selbst zugewandert sind,
- Personen, deren Eltern beide zugewandert sind.

Der *Mediendienst* lässt die Sozialanthropologin Dr. Anne-Kathrin Will (Humboldt-Universität, Institut für Europäische Ethnologie) zu Wort kommen. Diese erläutert im Interview:

„Migrationshintergrund“ wabert herum: Mal geht es um den Pass der Eltern, mal um die Familien-

sprache. In Statistiken wird er unterschiedlich verwendet – etwa in den einzelnen Schulstatistiken der Bundesländer. Das macht einen Vergleich unmöglich. Und vor allem erfasst er nicht immer das, um was es eigentlich gehen soll: Migration.

Die von den beiden Begriffen erfasste Personenmenge ist offenbar nicht identisch. Bei dem neuen Begriff „Eingewanderte und ihre Nachkommen“ fallen alle aus der Statistik heraus, bei denen nur ein Elternteil eingewandert ist. Dr. Anne-Kathrin Will gibt prominente Beispiele: ...

Etwa der Fußballprofi Jérôme Boateng oder der Satiriker Jan Böhmermann. Ursula von der Leyen würde hingegen dazugezählt werden, da sie zwar mit deutscher Staatsangehörigkeit, aber nicht in Deutschland geboren wurde.

Will sagt, Menschen, die gerade eingewandert sind, würden mit dem alten Begriff „Migrationshintergrund“ vermischt mit Menschen, bei denen nur ein Teil ihrer Vorfahren nach Deutschland kam. Der *Mediendienst* erklärt: Beim „Migrationshintergrund“ ist die Nationalität ausschlaggebend. Unter den Begriff „Migrationshintergrund“ fielen und fallen Personen, die mit ausländischer Staatsbürgerschaft geboren wurden, oder Personen, von denen mindestens ein Elternteil bei der Geburt eine ausländische Staatsbürgerschaft hatte. Bei „Eingewanderte und ihren Nachkommen“ geht es darum, ob die Person selbst oder beide (!) Eltern eingewandert sind, ob sie also Erfahrungen mit Migration gemacht haben. Beim neuen Begriff fällt das Kriterium einseitiger Migrationserfahrung („mindestens ein Elternteil“) weg. Das heißt, Personen tauchen nur in der Statistik auf, wenn sie selbst oder beide Eltern zugewandert sind. Das war auch der Vorschlag der Kommission. Der Begriff „Migrationshintergrund“ hatte dagegen noch die dritte Generation betroffen. Wenn Eltern mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland geboren waren, hatten auch deren Kinder einen „Migrationshintergrund“, obwohl die Eltern gar nicht selbst zugewandert waren. Das ist in der neuen Definition „Eingewanderte und ihre Nachkommen“ nicht der Fall.

Die **Begründung** für diesen Begriffswechsel ist allerdings nicht ideologiekritisch wie die eingangs zitierte, sondern rein technisch. Der „Migrationshintergrund“, sagt der *Mediendienst*, sei immer eine wichtige Kategorie in Statistik und Forschung gewesen, wenn es z. B. um die Teilhabe am Arbeitsmarkt



M

und im Bildungssystem ging. Die Kritik daran zielt nur darauf ab, dass die Erfassung zu kompliziert sei und zu vieles durcheinanderwerfe. Der Begriff „bilde die Lebensrealitäten vieler Menschen nicht ab und sei stigmatisierend“. Eine zentrale Kritik bestehe darin, dass es ja nicht wirklich um Migration gehe. Viele Personen, die laut alter Statistik einen „Migrationshintergrund“ haben, seien gar nicht zugewandert, sondern lebten teilweise schon in der dritten Generation in Deutschland. Leider wird der Begriff dann auch **nicht abgeschafft**, wie es die Fachkommission empfohlen hatte. Das *Statistische Bundesamt* will die alte Kategorie beibehalten, „damit man Entwicklungen über die Jahre weiter beobachten könne“.

Wie unterscheiden sich die von den beiden Begriffen bezeichneten Grundgesamtheiten? Anne-Kathrin Will rechnet vor:

Der Mikrozensus zählte 2018 rund 20,8 Millionen Menschen mit „Migrationshintergrund“. Rechnet man die 2,99 Millionen Personen heraus, die nur einen eingewanderten Elternteil haben, und die 119.000 Personen hinzu, die mit deutschem Pass im Ausland geboren sind, kommt man auf 18,1 Millionen „Eingewanderte und ihre Nachkommen“.

Wenn man das nachrechnet, müsste das Kollektiv mit „Migrationshintergrund“ 2018 genau 20,971 Millionen Menschen groß gewesen sein.

Quelle: Numa (SSIP); <https://mediendienst-integration.de/artikel/ciao-migrationshintergrund-1.html>.

Weitere Information:

<https://mediendienst-integration.de/artikel/wird-der-migrationshintergrund-jetzt-abgeschafft.html>
(Interview mit Dr. Will)

<https://www.fachkommission-integrationsfaehigkeit.de/fk-int/themen/migrationshintergrund>
sowie: Anne-Kathrin Will, *Migrationshintergrund – wieso, woher, wohin?*, in: Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/laenderprofile/deutschland/304523/migrationshintergrund-wieso-woher-wohin/#fr-footnode23> (5.2.2020).

Weitere Information, die der Mediendienst gibt:

Statistisches Bundesamt (2021): „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ // https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/_publikationen-innen-migrationshintergrund.html

Zum Begriff „Migrationshintergrund“:

<https://mediendienst-integration.de/artikel/migrationshintergrund-einfach-erklart.html>

Anne-Kathrin Will (2018), <https://mediendienst-integration.de/artikel/wer-hat-einen-migrationshintergrund.html>

M

M_{3/2022-1_2} **Fluchtgeschichte als
Menschheitsgeschichte**

Das erste Viertel des 21. Jahrhunderts nähert sich bald seinem Ende, und es scheint, dass die traumatischen Erfahrungen zweier Weltkriege und die durch sie ausgelösten, Jahrzehnte andauernden globalen Verwerfungen nicht ausreichend waren, um eine grundlegende Zeitenwende hin zu einer friedlichen Koexistenz einzuläuten. Kriegerische Konflikte und erzwungene Migration, also Flucht, gehören vielmehr zu den prägendsten sozialen Erfahrungen von Menschen auf allen Kontinenten. Unser Wissen über die ökonomischen, psychosozialen oder kulturellen Folgen von Vertreibung beruht auf einer Vielzahl an Forschungsarbeiten, zu denen diverse akademische Disziplinen beigetragen haben. Dass Fluchtmigration kein rein lokales Phänomen darstellt, das in der Fläche der betroffenen Regionen und Länder seine sozialen Wirkungen entfaltet, sondern dass Fluchtbewegungen auch unter einer zeitlichen Perspektive bedeutsam sind, bildet den Kerngedanken einer neuen Monographie des Historikers Andreas Kossert. *Flucht – eine Menschheitsgeschichte* zeichnet unter Rückgriff auf historische und zeitgeschichtliche Ereignisse – angefangen von den biblischen Erzählungen bis in die Gegenwart – für Europa sowie andere Weltregionen in einem rund 90-seitigen Unterkapitel „Die endlose Geschichte der Flucht“ Entstehung und Verlauf von Fluchtbewegungen nach. Als durchgängiger ‚roter Faden‘ verfolgt der Verfasser die geschichtlichen Ereignisse in Ostmitteleuropa während und nach der NS-Zeit. Kossert schöpft hier aus einer Fülle an historischen Ereignissen und zeitgenössischen Quellen (v. a. autobiographischen Texten). Dabei springt der Verfasser in seinen thematischen Kapiteln munter durch die Zeiten und Weltgegenden! Die Ereignisse erscheinen damit fragmentiert, wie etwa die äußerst knappen Ausführungen zum Biafra-Krieg 1967–1970 (S. 120f.); über das Schicksal der Binnenflüchtlinge (neben den 2 Millionen Opfern) erfahren wir im weiteren Verlauf nichts, so dass es fraglich erscheint, warum dieses Beispiel überhaupt angeführt wird.

Zur Illustration historischer ‚Fälle‘ greift Kossert vielfach auf literarische Texte zurück wie etwa J. F. Coopers Roman *Der letzte Mohikaner* (1826) oder Franz Werfels *Die vierzig Tage des Musa Dagh* (1933) zum osmanischen Genozid an den Armeniern, ohne deren Aussagekraft als zeitgenössische

Andreas Kossert: *Flucht. Eine Menschheitsgeschichte*, München: Siedler 2020.

‚Quellen‘ zu problematisieren. Vermag es ein ‚Faßnacht-spiel‘ des Nürnberger ‚Meistersingers‘ Hans Sachs etwa, uns ein ‚authentisches‘ Fenster in die Gesellschaft des 16. Jahrhunderts zu öffnen? Im Kontext einer historischen Abhandlung mit systematischem Anspruch könnte dem Verfasser ein unkritischer Umgang mit ‚Texten‘ nachgesagt werden.

An das Kapitel zur „Geschichte der Flucht“ systematisch anknüpfend, schildert der Verfasser das resultierende ‚Ankommen‘ der Geflüchteten an einem neuen Ort und die Auseinandersetzung mit dem Verlust von Zugehörigkeit. Dieser zentrale, rund 200 Seiten umfassende Teil „Heimat – von den Ambivalenzen eines Gefühls“ ist dazu teleologisch in die Abschnitte „Weggehen“, „Ankommen“, „Weiterleben“ und „Erinnern“ untergliedert, woran Kossert eine Auseinandersetzung mit der Frage „Wann ist man angekommen?“ anschließt. Auch hier erscheint der Verfasser mitunter etwas verloren in der schiereren Fülle des angesammelten Materials. Im Unterkapitel „Unerwünscht sein – Ressentiments, Hass, Ausgrenzung“ führt Kossert beispielsweise die Gruppe(n) der Sinti und Roma ein, die „in Europa zwar seit langer Zeit zu Hause sind, aber ständig verfolgt werden und im Grunde nirgendwo willkommen sind“ (S. 220). Was allerdings folgt, sind nicht Auszüge aus autobiographischen Zeugnissen von Desintegration, wie sie etwa von Otto Rosenberg (*Das Brennglas*, aufgezeichnet von Ulrich Enzensberger) oder Krimhilde Malinowski (*Das Schweigen wird gebrochen*, aufgezeichnet von Norbert Aas) vorliegen. Vielmehr spannt Kossert unvermittelt einen Bogen zu den Ressentiments gegenüber Vertriebenen nach 1945 oder die kollektive Stigmatisierung von Geflüchteten als Frauenverächter und Gewaltverbrecher („*rape refugees not welcome*“) nach 2015. Der skizzierte Abschnitt zielt auf eine Kontrastierung Sesshafter mit Nicht-Sesshaften ab, ohne dass Ursachen für letzteres Phänomen hinterfragt werden: Die unmittelbar folgenden Ausführungen Kosserts tragen nicht zur Erklärung der historischen Lebensweise von Sinti und Roma bei, und diese lässt sich keinesfalls im Sinne der hier vorliegenden Studie als Fluchtphänomen charakterisieren! Der ‚Porajmos‘, der im NS-Staat verübte Völkermord an Sinti und Roma, verkommt bei diesem Versuch zu einer

Randnotiz in einem – zugegebenermaßen umfangreichen – Abbildungstext (S. 221).

Den Abschluss seiner Studie stellt Kossert unter die Überschrift „Was war, endet nicht“, und damit verknüpft er gleichermaßen die dargelegten historischen Fälle mit der gegenwärtigen Situation innerhalb der Europäischen Union angesichts dramatisch gestiegener Zahlen von Menschen, die ihre Heimat – unter welchem Zwang auch immer – verlassen haben und den beschwerlichen Weg in eine bessere Zukunft gewählt haben. Hier verlässt der Historiker sein eigentliches Metier, und der Text verliert sich zunehmend in wohlfeile Appelle an das (aus deutscher Sicht historisch begründete) Asylrecht, an christlich-bürgerliche Tugenden und an ein humanistisches Verständnis für die Kausalitäten von Fluchtmigration. Bedauerlicherweise wiederholt Kossert dabei formelhaft Argumente wie das folgende: „Flüchtlinge können zu einer treibenden Kraft der Modernisierung werden, denn sie bewirken durch ihre Andersartigkeit Veränderungen und brechen verkrustete Strukturen auf – oft gegen ihren eigenen Willen.“ (S. 350) Der Verfasser scheint selbst zu merken, dass es sich bei einer pauschalen Verknüpfung von (Flucht-)Migra-

tion und positiver gesellschaftliche Veränderung in der Aufnahmegesellschaft um Wunschenken handelt.

Die Monographie enthält einen umfangreichen Apparat, bestehend aus einem Quellenverzeichnis, einem Personenregister sowie einer rund 550 Titel umfassenden „Bibliographie“. Diese ist in ihrer Fülle beeindruckend und wertvoll; allerdings wäre eine gewisse Strukturierung (etwa in literarische Texte, Studien und andere Textsorten) sicherlich angebracht sowie eine Annotation zumindest für solche Titel, die im Sinne der Studie als zentral gelten können. Ferner wäre ein Verzeichnis historischer Ereignisse (z. B. Vietnamkrieg, afrikanische und asiatische Unabhängigkeitsbestrebungen) sowie betroffener Nationen oder ethnischer Gruppen (z. B. Vietnamesen, Yesiden, Rohingya) hilfreich; dadurch ließen sich die jeweiligen ‚Narrative‘ wieder zusammenführen, die im vorliegenden Band gleichsam zerstückelt vorliegen. GUB

Dr. Andreas Kossert ist Mitarbeiter im Bereich Dokumentation und Forschung der *Bundesstiftung Flucht, Vertreibung und Versöhnung* (SFVV) mit Sitz in Berlin.

R1/2022-1_2

Religion transnational – Religionsgemeinschaften in der Slowakei

Im *Collegium Carolinum*, dem Forschungsinstitut für die Geschichte Tschechiens und der Slowakei, ansässig in München, entsteht ein *Handbuch der Religions- und Kirchengeschichte der Slowakei im 20. Jahrhundert*. Man arbeitet daran seit 2017 (Projektleitung: Prof. Dr. Martin Schulze Wessel, Dr. Martin Zückert, Projektkoordination: Anna Bischof). Das Projekt wird finanziell von der DFG, von Renovabis sowie der Erzdiözese München-Freising / Abteilung Weltkirche unterstützt und wird in Kooperation mit der Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien realisiert. Das Projekt soll 2022 beendet sein. Das Ergebnis ist für 2024 angekündigt.

Das Handbuch legt besonderes Augenmerk auf Religionen als Netzwerke, ein Aspekt, dem erst seit wenigen Jahren volle Beachtung gewidmet wird. Anna Bischof, Koordinatorin des Werkes und darin selber Autorin, schreibt: „Diese transnationalen Netzwerke sind für die Glaubensgemeinschaften

Handbuch der Religions- und Kirchengeschichte der Slowakei im 20. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum; 148), hrsg. v. Martin Zückert, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2024, VIII u. 839 S., 35 Abb., ISBN-978-3-525-30248-4, Preis € 100,00.

von größter Bedeutung. Sie dienen u. a. der Verbreitung des Glaubens, der Durchsetzung und Bewahrung konfessioneller Homogenität, der Verbreitung spezifischen Wissens sowie auch der materiellen und ideellen Unterstützung bedürftiger Gemeinden.“ Besonders im 20. und 21. Jahrhundert konnten sich religiöse Netzwerke auch über große Distanzen halten. Einige Beiträge in dem Handbuch beschreiben, wie die religiöse Identität über weite Strecken aufrechterhalten wurde, wie die spezifische religiöse (Selbst-)Zuordnung Identitäten stabilisierte, aber auch zu Identitätskonflikten führte. Das *Handbuch der Religions- und Kirchengeschichte der Slowakei im 20. Jahrhundert* wird eine Vielzahl solcher transnationalen Beziehungen beleuchten.

R. Religion

R

R

Ein dritter Aspekt religiöser Identitäten ist ihr zuweilen problematisches Verhältnis zur politischen Nation und zum *nation-building*. Anna Bischof: „Die Netzwerke und Beziehungen, die Religionsgemeinschaften in der Slowakei ins Ausland pflegten, konnten sehr unterschiedliche Formen annehmen. Gemeinsam haben die meisten von ihnen jedoch, dass sie im Laufe der wechselhaften Geschichte des 20. Jahrhunderts in Konflikt mit der auf dem Gebiet der Slowakei herrschenden Staatsmacht gerieten.“

Anna Bischof erläutert unter diesen Aspekten einige einzelne Beiträge des Handbuches besonders: Besonders offensichtlich sind diese Beziehungen bei der römisch-katholischen Kirche: Durch ihre hierarchische Struktur, an deren Spitze der Heilige Stuhl steht, untersteht natürlich auch die katholische Kirche in der Slowakei dem Vatikan. Die wechselhaften Beziehungen zwischen dem Vatikan, der slowakischen Kirchenhierarchie sowie dem tschechoslowakischen respektive slowakischen Staat beschreibt Emilia Hrabovec in ihrem Handbuch-Beitrag.

Die evangelische Kirche besitzt zwar keine vergleichbare hierarchische Struktur, dennoch unterhielten sowohl die evangelisch-lutherische als auch die reformierte Kirche in der Slowakei Beziehungen ins Ausland. Im Handbuch geht Anna Bischof den Verbindungen der beiden Kirchen zum deutschen Gustav-Adolf-Verein (heute Gustav-Adolf-Werk) nach. Dieser evangelische Hilfsverein unterstützte im 20. Jahrhundert bedürftige Gemeinden in der Slowakei. In der Zwischenkriegszeit verfolgte er damit nicht nur konfessionelle, sondern auch nationale Interessen — seine Hilfeleistungen kamen überproportional deutschen Gemeinden zugute. In der Zeit des Staatssozialismus bestand dagegen eine große Herausforderung darin, überhaupt die Kontakte zu Geistlichen in der Slowakei aufrecht zu erhalten und finanzielle Unterstützung ins Land zu bringen.

— seine Hilfeleistungen kamen überproportional deutschen Gemeinden zugute. In der Zeit des Staatssozialismus bestand dagegen eine große Herausforderung darin, überhaupt die Kontakte zu Geistlichen in der Slowakei aufrecht zu erhalten und finanzielle Unterstützung ins Land zu bringen.

Eine Skulptur erinnert heute in Bratislava an den katholischen Priester Štefan Furdek, der nach seiner Emigration in die USA die slowakische Nationalbewegung in seiner Heimat unterstützte.



Einen wichtigen Teil der Netzwerke stellten darüber hinaus Emigranten dar. Viele derjenigen, die aus dem damaligen Oberungarn nach Nordamerika ausgewandert waren, gründeten neue Gemeinden, unterstützten aber weiterhin ihre Heimatgemeinden. Róbert Letz und Mark Stolarik weisen in ihren Handbuch-Beiträgen auf die Bedeutung slowakischer Katholiken in Nordamerika Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts hin. Die von ihnen in den USA und Kanada gegründeten slowakischen katholischen Gemeinden, Vereine und Zeitungen wirkten in die alte Heimat zurück und spielten eine besondere Rolle bei der nationalen Bewusstseinswerdung der Slowaken.

Nicht nur für die römisch-katholische Kirche hatte die Auswanderung nach Nordamerika Konsequenzen. Peter Šoltés schildert im Handbuch, dass auch viele russinische griechisch-katholische Gläubige emigrierten. Da Ende des 19. Jahrhunderts noch kaum griechisch-katholische Gemeinden in Nordamerika existierten, traten zahlreiche Russinen [„Ruthenen“, Anm. SSIP] zur Orthodoxie über. Als eine Reihe dieser Emigranten Jahre später in ihre Heimat zurückkehrte, gerieten sie in Konflikt mit dem griechisch-katholischen Klerus, was die ohnehin bestehenden Konflikte zwischen der orthodoxen und der griechisch-katholischen Kirche in der Slowakei noch verstärkte.

Zwei übergreifende Themen finden besondere Beachtung: das Schicksal und das Agieren der Kirchen und Religionsgemeinschaften unter den Diktaturen des 20. Jahrhunderts und das Verhältnis von multiethnischer Bevölkerungsstruktur und religiös-konfessioneller Zugehörigkeit mit all den Auswirkungen, die dies auf die gesellschaftliche Entwicklung hatte. Das Programm, dem das Handbuch folgt, ist der *Shared-history*-Ansatz: Die Differenz als ein gemeinsames Erbe und Vermächtnis für Gegenwart und Zukunft. Das Handbuch richtet sich gleichermaßen an Wissenschaftler wie auch an die breitere Öffentlichkeit.

Quelle / Text (Anna Bischof): Collegium Carolinum, Jahresbericht 2021, Schwerpunkt „Netzwerke“, München 2021, S. 31–32 (dort auch die Abb.), online unter <https://www.collegium-carolinum.de/publikationen/jahresbericht/jahresbericht-2021>

W_{1/2022-1_2} 2014: Cultural Diplomacy gefragt

Unter dem Titel „**Forschung für Völkerverständnis**“ brachte das *Leibniz-Journal*, das Magazin der Forschungsinstitute der *Leibniz-Gemeinschaft*, in Heft 4/2014 eine Reaktion auf die Inbesitznahme der ganzen Krim durch Russland, den Bericht über eine Initiative, die heute von besonderem Interesse ist.

Auf der Jahrestagung der *Leibniz-Gemeinschaft* skizzierte PETER HASLINGER, der Direktor des *Herder-Instituts für historische Ostmitteleuropaforschung* der *Leibniz-Gemeinschaft* und Professor für die Geschichte Ostmitteleuropas am Historischen Institut der *Justus-Liebig-Universität Gießen*, seine „Vision vom Beitrag der Wissenschaft für Dialog und Verständnis zwischen Ost und West in politisch angespannten Zeiten“. Er sagte:

Um den Funken aber zünden zu können, würde ich gerne jene atmosphärischen Spannungen aufnehmen, die Europa und die Welt seit etwa einem Jahr elektrisieren und zunehmend ratlos gemacht haben. Es geht konkret um den Status der Krim, die Zukunft der Ukraine und das Verhältnis Europas zu Russland, also insgesamt um Fragen, die uns in den kommenden Monaten und vielleicht Jahren noch intensiv und sehr direkt betreffen werden. Denn es dreht sich hier nicht allein um eine komplexe und auch schwierige wirtschaftliche und soziale Stabilisierung wie in den südeuropäischen Ländern. Hier stehen die Sicherheitsarchitektur des Kontinents und die Wertebasis europäischer Politik mit auf dem Spiel.

Diese Problembestimmung erweist sich im Rückblick als durchaus zutreffend. Haslinger fragte, ebenso treffend: „Was kann in einer solchen Situation überhaupt die Aufgabe der Wissenschaft sein?“ Wie kann sich die Wissenschaft in einen „Prozess der *science diplomacy* produktiv einbringen?“ Wir brauchen, so war seine Schlussfolgerung, „neue, kooperative und grenzüberschreitend angelegte Formate der Forschung und Wissenskommunikation – und zwar besser früher als später“. Als Historiker empfand er es damals, 2014, als seine Aufgabe, Erfahrungen der Vergangenheit und der Gegenwart „in längerfristige, auch aktuelle Prozesse“ einzuordnen, besonders 2014, wo die Vergangenheit in der politischen Gegenwart z. B. in „geopolitischen Formeln wie „Eurasien“ oder „Neurussland (Ново Россия)“ so omnipräsent sei.

Aus diesen Überlegungen entwickelte er die **Vision eines Europäischen Ost-West-Wissenschaftszentrums**. Im Kern sah er hier ein strukturiertes Programm, das junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in grenzüberschreitend arbeitenden Forschergruppen miteinander vernetzen würde. Das Ziel sei die gemeinsame Entwicklung von „Langfristprojekten mit interdisziplinärer Anschlussfähigkeit, die durch Gastaufenthalte dieser Nachwuchsgruppen an den kooperierenden Einrichtungen erheblich an Kontur gewinnen“ würden. Zusätzlich schwebte ihm ein spezifisches Mentoringprogramm, das sich am Leibniz-Format orientieren und die individuellen Karriereplanungen unterstützen sollte, vor. Wissenschaftler sollten in direkten Kontakt „mit Stakeholdern und Expertinnen und Experten aus allen europäischen Ländern“ gebracht werden. Ein „Europäisches Ost-West-Wissenschaftszentrum“ sollte zweitens Politikberatung für NGOs, Medien, Museen, Gedenkstätten oder Archive zum Ziel haben. So sollte ein „Expertenkreis aller Konsortialpartner“ entstehen, dem die Aufgabe zukäme, „sich regelmäßig über aktuelle Probleme und unterschiedliche Sichtweisen auszutauschen und bei Bedarf auch forschungsethische oder geschichtspolitische Handlungsempfehlungen zu entwickeln“, eine „kompetent begleitete Infrastruktur“, vielleicht mit mehreren Standorten „von Portugal bis Finnland und von Irland bis Zypern“, ein Ost-West-Zentrum, das für **das europäische Selbstverständnis** und die **Wissenschaftskontakte zum Osten Europas** zentral wäre. Drittens könnte man auf dieser Basis virtuelle Wissensangebote aufbauen.

Wir wissen inzwischen, dass aus dieser Vision nichts geworden ist. Nicht mal in seinem eigenen Institut, dem *Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung*, wurde sie offenbar aufgegriffen.

Seit 2015 kooperieren die *Leibniz-Institute* disziplinübergreifend im **Leibniz-Forschungsnetzwerk „Östliches Europa“**, das die östlichen Mitglieder der Europäischen Union ebenso wie die südosteuropäischen EU-Beitrittskandidaten, die Russische Föderation, die Ukraine, die Republik Moldau, Belarus sowie die Staaten des Kaukasus und Zentralasiens umfasst. Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit in Politikberatung, im Wissenschaftsdialog, durch den Aufbau von Forschungskonsortien sind bisher nicht realisiert worden.

W. Weltinnenpolitik

W

W

Das *Herder-Institut* hatte 2017–2021 einen Projektverbund „Konfliktregionen im östlichen Europa“. Er analysierte die aktuelle Ukraine-Russland-Krise und die Geschichte und die Gegenwart weiterer Konfliktregionen im östlichen Europa. Unter der Frage, durch welche Akteure und Medien Konflikte konstruiert werden, wie sich die Konflikte manifestierten, welche Dynamiken die Konfliktverläufe kennzeichneten und wie konkurrierende Interpretationen zu bewerten seien, arbeiteten Forscherinnen und Forscher in insgesamt zwölf Postdoc- und Promotionsprojekten.

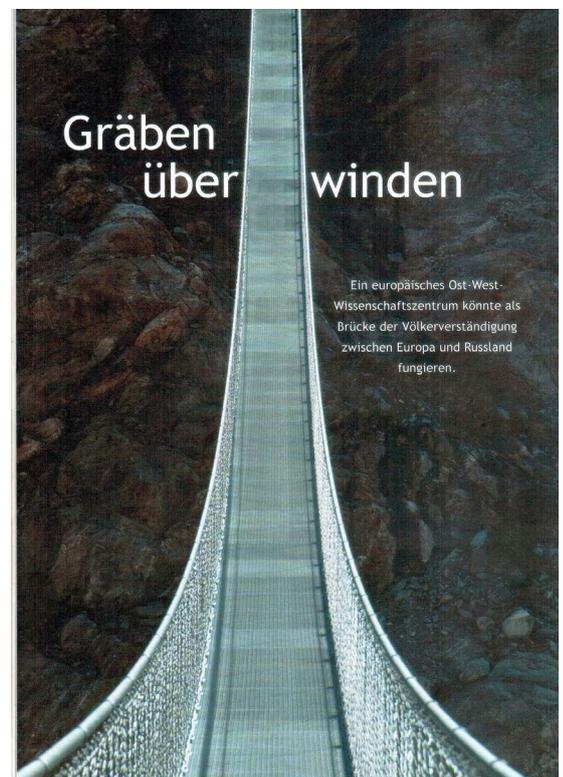
In der Abteilung „Verflechtung und Globalisierung“ des *Leibniz-Institut für die Geschichte und Kultur des östlichen Europa* in Leipzig arbeiteten unter der Leitung von Prof. Dr. Frank Hadler Forschende aus den Disziplinen Zeitgeschichte, Global- und Wirtschaftsgeschichte, aus Kunst- und Literaturwissenschaft sowie Kulturgeschichte an einer transnationalen Geschichte des östlichen Europa. Das wurde 2022 positiv evaluiert und will nun an die „Erforschung der ostmitteleuropäischen Großregion anknüpfen, diese ausbauen und neue inhaltliche und konzeptionelle Akzentuierungen vornehmen“. Das besondere Interesse des *Leibniz-Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg (IOS)* liegt nach wie vor bei Verflechtungen, Beziehungen, Verbindungen und Transfers innerhalb dieses Gebietes.

Peter Haslinger schrieb 2014 zum Schluss: Ganze 25 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, zehn Jahre nach der ersten Runde der EU-Osterweiterung und ein Jahr nach dem Beginn der Proteste auf dem Majdan im Herzen Kiews wird sich in allernächster Zukunft entscheiden, ob wir in Europa erneut [...] mit tiefen Bruchlinien

konfrontiert sein werden. Dass aber Wissenskulturen wieder verinseln, dass nationale Deutungsmauern erneut hochgezogen werden und Wissenschaftskontakte an Staatsgrenzen ausdünnen oder gar ganz abreißen, das kann niemandem wirklich am Herzen liegen.

Haslinger ist bis jetzt ein einsamer Rufer in der Wüste geblieben. Wird er eine Cassandra werden?

Quelle: *Quelle: Leibniz-Journal 4/2014, S.37f.*; <https://leibniz-ios.de/forschung/forschung-am-ios/forschungsagenda>; <https://www.leibniz-gwzo.de/de/forschung/forschungsspektrum>; <https://www.herder-institut.de/projekte/konfliktregionen-im-oestlichen-europa/>



W2/2022-1_2 **Nationale Interessen verstehen**

Gerade ist das Buch einer herausgehobenen Person des öffentlichen Lebens erschienen, das auch für die Theorie und Praxis der Kommunikation unter Kulturen Interessantes verspricht. Klaus von Dohnanyi, Jahrgang 1928, hat viele politische Ämter innegehabt und unterhält immer noch zahlreiche ehrenamtliche Verbindungen – z.B. ist er Mitglied der *Atlantik-Brücke*, der Lobbygruppe, die an der „westlichen Wertegemeinschaft“ arbeitet.

Schon auf den ersten Seiten stellt von Dohnanyi fest, dass weltweit eine **Re-Nationalisierung** zu beobachten ist. Das Buch der großen Ägyptologin, Ethnologin und Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann von 2018 (*Die Wiedererfindung der Nation*), welches er erwähnt, wäre ein Indiz dieser Veränderung. Der Rekurs auf nationale Interessen gehört zu den vielen Umbrüchen, die er für 2021 konstatiert („**Das Jahr 2021** war ein Jahr der Umbrüche“): zu Jahresbeginn Austritt Großbritanniens aus der EU, Migration, Klimagefahren, *cyber war*, neue Medien und weltweite Vernetzungen, die „uns immer ver-

letzlicher“ machen. Dem „Desaster in **Afghanistan**“ widmet von Dohnanyi einige Bemerkungen mehr (S. 17). Ein Satz aus der Debatte im Jahr 2001 um den Kriegseintritt in Afghanistan klinge bis heute warnend nach: „Man kann Terrorismus nicht militärisch besiegen.“ Nicht nur über den Rückzug aus Afghanistan müsse man heute nachdenken – auch „der Grund, warum wir überhaupt dort hineingeraten sind,“ erscheine „nicht erst aus heutiger Sicht fragwürdig“.

Ende 2021 muss von Dohnanyi konstatieren (S. 16): Nationale Interessen drängen nun auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft in den Vordergrund. So problematisch dies für die internationale und europäische Kooperation auch ist, es ist offenbar weltweit eine unausweichliche Entwicklung, die auch eine demokratische Reaktion auf Globalisierung, Internationalisierung und Europäisierung darstellt.

Fast ein halbes Jahrhundert nach dem *linguistic turn* bzw. *cultural turn* ist es ein bisschen beklemmend zu sehen, wie kurzschlüssig sich seine Geschichte der **Entstehung von Nationen** liest. Für ihn liegt die Entstehung von Nationen in ethnischen, sprachlichen oder religiösen Gemeinsamkeiten, die anscheinend seit eh und je bestanden haben. (Immerhin erkennt er an, dass es wohl Akteure gab, von denen sie „zu staatlichen Einheiten zusammengefügt worden“ seien.) Diese staatlichen Einheiten hätten „auf ihrem langen historischen Weg“ eigene „Mentalitäten“ entwickelt. Er verweist auf die zahlreichen Studien zum Thema des „Charakters von Nationen“ (dies wenigstens in Anführungszeichen).

Wie künstlich Nationen allerdings sein mögen – insbesondere die, deren Grenzen durch Kolonialmächte gewaltsam gezogen seien –, so attestiert von Dohnanyi ihnen doch allen nationale Interessen, worin ihm sicher kaum widersprochen werden kann. Der Begriff des **nationalen Interesses** ist für den Verfasser deshalb positiv konnotiert, weil er ihm objektivierbarer erscheint als der „schwammige“ Begriff der „**Wertegemeinschaft**“. Wertegemeinschaften „sind keine Staatsform“, womit er Recht hat. Ihnen fehlt, sagt er, „die durch einen gemeinsamen politischen Prozess begründete demokratische Legitimation“. Obwohl es auch innerhalb von Nationen vielfältige divergierende Interessen gebe, müssten diese sich doch einem demokratischen Legitimationsprozess unterziehen. Aus die-

Klaus von Dohnanyi, *Nationale Interessen. Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche*, 1. Auflage München: Siedler 2022, 238 Seiten, ISBN 978-3-8275-0154-7, 22,—€.

sem meldet sich seiner Meinung nach dann wohl ein nationales Interesse heraus.

In einer Demokratie liege die Entscheidung über den politischen Kurs und das nationale Interesse „selbstverständlich bei Parlament und Regierung“ (S.26). Tatsache? Fragt von Dohnanyi doch im nächsten Satz: „Aber mit welchem Hintergrund [...] wird dann entschieden? Wer wird gehört? Wer kann führen? Wie informiert und unabhängig, wie rational können Regierungen in einer Medien- und **Stimmungsdemokratie** eigentlich handeln [...]?“ Da hat er einen entscheidenden Punkt, der sein Eingangsbekenntnis relativiert.

Nationen sind nach wie vor die politisch entscheidenden Einheiten, sagt von Dohnanyi. „Denn weder die EU noch eine transatlantische **Wertegemeinschaft** könnten der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag die Verantwortung für das Schicksal Deutschlands [...] abnehmen.“ (S. 25) Gleichzeitig erkennt er jedoch: „In den Emotionen der Völker brodeln viele Vorurteile“ (S. 19), und er bekennt, Politik dürfe sich davon nicht treiben lassen. Mit gleicher Berechtigung konzidiert er, dass es schwer bis unmöglich ist zu bestimmen, was „**nationale Interessen**“ sind (S. 23). Denn erstens gilt: „die Bestimmung der ‚Interessen‘ gründet auf Überzeugungen, und die Überzeugungen divergieren extrem in jeder demokratischen Gesellschaft.“ Zweitens durchzieht sein ganzes Buch die Vorstellung, dass Deutschland lange Zeit und bis heute sein „wahres“ nationales Interesse insofern noch nicht gefunden habe, als es seine Politik zu sehr an den Interessen der USA ausrichtet und nicht im wohlverstandenen eigenen Interesse handelt.

Unter dem Gesichtspunkt der Konstruiertheit verflüchtigt sich also der Unterschied zwischen Nationen und Wertegemeinschaften. Beide entstehen nicht spontan. In beiden Fällen stellt sich die Frage: Ist das Selbstverständnis – als Nation, als Wertegemeinschaft – selbst empfunden oder durch Medien oder exponierte Akteure erfunden? Ist es aus eigenen Gemeinsamkeitsgefühlen heraus konstruiert – oder durch Aufrührer – wie heutzutage im



Internet durch Trolle – provoziert? Mentalitäten werden gemacht. So führt von Dohnanyi die Geschichte vom Forschungsreisenden George Kennan an, durch dessen Erzählung sich Ende des 19. Jahrhunderts das **Russland-Bild in den USA** von einer befreundeten Nation zu einem *Evil Empire* gewandelt habe (S.40). So werden Ausgangsbedingungen für interkulturelle Kommunikation geschaffen. So gibt es dann die Konstrukte von der „angebotenen Selbstüberschätzung“ der USA oder dem Selbstbild der USA als einer *exceptional nation*, die von Dohnanyi selber benutzt (S. 30, 31).

Es gilt zu **verstehen** – so formuliert von Dohnanyi den Leitgedanken seines Buches. Um ihnen nicht ausgeliefert zu sein, müssen die evtl. langfristigen wirksamen Entscheidungen, die an den Anfängen von Nationen (und – wohlgemerkt – „Wertegemeinschaften“) stehen, verstanden werden (S. 26–27):

Wenn jemand versucht, die Interessen eines anderen Landes oder dessen Führung zu ‚verstehen‘, so betrachte ich das als lobenswert. Wir Deutsche müssen versuchen, Frankreich oder Italien ebenso zu ‚verstehen‘ wie auch die USA oder die Russische Föderation, wie Präsident Biden, Putin oder Xi. Auch wer menschliches Zusammenleben fruchtbar machen will, kann das nicht, ohne den Partner zu verstehen. Und wenn ein anderer feindselig zu sein scheint, gilt das doch erst recht. [...] Dabei ist nicht nur wichtig, was heute wirklich ist, sondern auch, warum es so geworden ist. [...] Deutschland kann zukünftig nur mit Europa bestehen, und Europa wiederum kann nur erfolgreich bleiben, wenn wir Europäer auch die jeweiligen Interessen anderer Nationen, insbesondere der Großmächte verstehen. [...] Jeder Versuch, die Interessen anderer Nationen einzuschätzen und zu verstehen, bleibt im Übrigen immer ein Wagnis. Schließlich wissen wir doch alle, wie schwer es schon ist, die Interessen unserer Mitmenschen, mit denen wir ein Leben teilen, zu begreifen – geschweige denn auch zu berücksichtigen. Und doch gibt es für den politisch und international denkenden Menschen keinen anderen Weg, um sich ein eigenes politisches Urteil zu bilden. Wir müssen uns bemühen, auch die Interessen anderer Nationen und ihre Regierungen zu verstehen. Das gilt auch für Diktaturen und Diktatoren. Es geht dabei nicht darum, deren Handlungen zu billigen oder gar sie zu entschuldigen [...], sondern es gilt, das Fundament des Handelns dieser Staaten zu begreifen, um dann unser Handeln so vernünftig wie möglich danach auszurichten. Dieses Bemühen

ist schwierig genug, wenn man die Sprache anderer Nationen versteht. Aber dort, wo man ein Land nicht wirklich persönlich kennt, wo man auf Dolmetscher und Übersetzer angewiesen ist, wo auch eine kulturelle Kommunikation kaum möglich ist, dort gerät der sorgfältige Beobachter erst recht in Verlegenheit.

Das ist gute Aufklärung: Bemühen um rationales Verständnis, wohl wissend, dass ein Verstehen-wollen stets ein Wagnis ist und möglicherweise vollständig nicht gelingt. In der politischen Kommunikation ist die **Bemühen um Verstehen** besonders dann wichtig, wenn keine Sympathie zwischen Gruppen herrscht, wenn die andere Nation, die andere „Wertegemeinschaft“ als fremdartig oder feindselig betrachtet wird. Insofern ist es ungewollt widersinnig, wenn der *Studienkreis für Tourismus und Entwicklung* e.V. seine Serie, die treuherzig der Völkerverständigung dienen will, „**Sympathiemagazine**“ nennt. Beim Verstehen geht es gerade nicht um Sympathie, sondern um die Ergründung von Antipathie. Von Dohnanyis Appell, deswegen „sorgfältig und ohne Vorurteil“ vorzugehen (S. 28), kann nicht ernst genug genommen werden. Denn Vorurteilen sieht man es in der Regel nicht an, dass es welche sind. Was ein **Vorurteil** ist, kann wohl nur aufgrund evidenzbasierter Analyse und im allseitigen gesellschaftlichen Diskurs festgestellt werden.

In dem Sinne unvoreingenommener Klärung von Interessen unternimmt von Dohnanyi in seinem Buch den Versuch, das **Bild der „atlantischen Wertegemeinschaft“** – von den USA nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrem hegemonialen Interesse heraus konstruiert – einer kritischen **Dekonstruktion** zu unterziehen. Sobald der ideologische Schleier von Gemeinsamkeit fortgenommen ist, liegt vor Augen die Gefahr, dass die USA unter Berufung auf eine „Wertegemeinschaft“ Europa in ihr machtpolitisches Räderwerk hineinziehen, wenn Europa nicht rechtzeitig seine eigenen Interessen in der Welt erkennt. Dadurch gerät Europa – so die Befürchtung von Dohnanyis – in Konflikte, die nicht in seinem Interesse liegen. Er denkt dabei in erster Linie an einen Konflikt mit Russland („Europas Interesse ist Kooperation mit Russland, nicht Feindschaft“) und China.

In einer „Medien- und Stimmungsdemokratie“ (S. 26) ist diese sorgfältige, auf geschichtlichem Wissen fußende, im gesellschaftlichen



Gespräch erfolgende und (*sine ira et studio*) nüchtern vorgehende Bemühung besonders dringlich. AT

W

W_{3/2022-1_2} Szenarien einer böseren Welt

Das ist der Titel eines Interviews, das die Herausgeber des Magazins *FuturZwei*, Harald Welzer und Peter Unfried, mit der Militärexpertin **Florence Gaub**, die schon an Organisationen mit einem großen Namen gearbeitet hat (s.o. P3), geführt haben. In dem Gespräch, das laut Untertitel versprach, dass Gaub den Ukrainekrieg erklären werde, ging es im Grunde um Krieg an sich und darum, wie Kriege beendet werden.

Das Beenden von Kriegen ist eine erstrangige Aufgabe für Weltinnenpolitik, weswegen das Interview von Interesse ist. Das Beenden von Kriegen rührt an die Mystifizierung, die in der Behauptung besteht, die Welt sei **geteilt zwischen Gut und Böse**. Diese Mystifizierung des Krieges nennt Gaub „das emotionale Narrativ des Krieges“. Ein Krieg ist eine „Geschichte“, sagt Gaub: erstens „strukturell“, nämlich als ein Narrativ, als ein Sinn, der sich durch sie hindurchzieht (oder, sagen wir, der – als Narrativ – in sie hineingelegt wird); zweitens emotional: „Das kann der Tod sein, aber auch etwas Größeres, das Überleben der Nation, also der **Identität**.“

Was Gaub nicht zur Sprache bringt, ist die Verbindung von Narration mit Macht. Eine historisch-soziologisch informierte Theorie der interkulturellen Kommunikation muss auch eine Theorie gesellschaftlicher Macht beinhalten. Denn Narrative gewinnen nicht zwanglos Überzeugungskraft. Damit Narrative sich durchsetzen, brauchen sie Macht.

Die Emotionalität ist für eine objektive Lageeinschätzung hinderlich. In den einfachsten Geschichten, sagt Gaub, gibt es immer den Bösen und den Guten. Je einfacher man Gut und Böse unterscheiden könne, desto packender sei die Geschichte. In der aktuellen Geschichte des Ukrainekriegs sei die Unterscheidung für viele klar: „Die Ukrainer sind die Guten, die Russen sind die Bösen“.

Gut gegen Böse – was ist das Gefährliche an diesem Narrativ? Gaub antwortet unter Bezugnahme



auf das Konzept des **othering**:

Ein Indiz und Nährboden für Konflikt ist **Othering**, also sich abzugrenzen, indem man sagt: Die anderen sind anders als die Mehrheit. **Das allein ist noch nicht gefährlich**. Aber es ist die Vorstufe für: Das eine ist gut, das andere ist böse. Und in dem Moment, in dem man sagt, „das ist böse“, spricht man der Gegenseite ab, ein komplexer Mensch zu sein, was ja die Realität des Menschseins ist: schlechte, aber auch gute Seiten zu haben. Wenn man aber sagt „anders sein bedeutet böse sein“, dann kreierte das die emotionale Distanz, die die Ausübung von Gewalt erlaubt. Wenn also Gut-Böse-Denken auftaucht, dann ist das ein Anzeichen für Gefahr.

Hier artikuliert Gaub eine Grunderkenntnis einer identitätslogisch reflektierten Theorie interkultureller Kommunikation: Die Wirgruppen-Distanz ist konstitutiv für die Gesellschaft, und das **othering** ist ein alltägliches Muster interkulturellen Handelns, das im Prinzip nicht gefährlich ist. Es wird zu einer Gefahr durch **moralische Aufladung** in abschließender Gut-Böse-Logik.

Auf die Frage, warum die Rolle der Geschichten und der Bilder in der öffentlichen Diskussion kaum zur Geltung komme, antwortet Gaub:

– weil gerade in Deutschland der emotionale Zug schon abgefahren ist. Fast ganz Deutschland sitzt schon in diesem Emotionszug, und damit hat man nicht mehr den Abstand, um die Sache objektiv zu betrachten. Die Bilder werden eins zu eins genommen, das *Storytelling* wird eins zu eins genommen.

Das ist nun aber merkwürdig, und ihr wird entsprechend die Frage gestellt, warum so viele in Deutschland jetzt alles für wahr halten, was sie zu sehen glauben, wo doch über Jahrzehnte stets „**Dekonstruktion**“ angesagt war. Gaub gibt keine



erklärende Antwort darauf und bestätigt nur die Beobachtung, dabei den Frager korrigierend:

- nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen EU redet man seit Jahren über **Desinformationen**, wie man sie erkennt und darüber, dass man alles hinterfragen muss. Und dann ist man doch voll in der Geschichte drin. Selenskyj weiß genau, wie Geschichtenerzählen funktioniert, und macht das extrem gut. Nicht nur, weil er ein Schauspieler ist, er ist auch einfach ein guter Redner, und seine Reden sind immer ganz spezifisch auf das Publikum zugeschnitten, mit dem er gerade spricht.

Dekonstruktion sollte konkret bedeuten, zu erkennen, dass – wie Gaub an anderer Stelle des Interviews sagt – „unsere Köpfe Teil des Schlachtfelds sind, dass die Geschichten, mit denen wir gefüttert werden, das Ziel haben, uns mit einer bestimmten Version der Geschichte zu manipulieren.“

Gegen die duale Logik des Gut/Böse – das können wir hier einfügen – mag eine Einstellung helfen, die man früher „Ideologiekritik“ nannte; vor allem hilft allerdings ein Mehr an Information. An dieser Stelle ist eine **Theorie des Friedenschaffens**, die sich nicht in die Sackgasse des Pazifismus verrennt, anschlussfähig. Frieden schaffen bedeutet in einem ersten Schritt, die Verfeindung zwischen den Gruppen der Guten und der Bösen dadurch aufzuheben, dass die Anteile von Gut/Böse innerhalb beider Gruppen herausgearbeitet werden.

Gaub bringt zum Ausdruck, was diese Einsicht am Beispiel des Ukrainekriegs bedeutet:

Worum es mir geht, ist, dass wir uns total schwer-tun, die Komplexität vieler Sachverhalte zu akzeptieren, gerade wenn es um Gewalt und Krieg geht. Wir wollen nicht, dass die anderen komplex sind. Es ist einfacher zu sagen, Putin ist verrückt oder er ist böse, als zu sagen: Wahrscheinlich hat er irgendein Argument, das ich halt nicht nachvollziehen kann. [...] Nicht verstehen, was die Gegenseite erzählt als Geschichte, gehört zum Teil des Problems.

Beim Ukrainekrieg kann man z. B. fragen: „Gibt es bei der Zerstörung von Mariupol eine tiefere Geschichte?“, und Gaub antwortet bezeichnenderweise mit einer Information, die die Verteilung von Schuld und Opfer verschwimmen lässt:

Interessant ist, dass Russland der Ukraine einen Waffenstillstand in Mariupol angeboten hat, weil Russland eben nicht weiterhin in Mariupol feststecken wollte. Die Ukrainer haben die Russen ab-

sichtlich in Mariupol festgehalten, damit sie eben nicht irgendwo anders hinkommen. Das heißt, die Ukraine hat aus strategischen Zielen heraus in Kauf genommen, dass Mariupol total zerstört werden würde und dass es viele zivile Opfer geben würde. Das stört mich manchmal bei der Berichterstattung, dass man unseren Zuschauern Bilder zeigt, ohne zu erklären, was die Hintergründe sind.

Eine Theorie des Friedens muss den Zusammenhang von **Frieden, Gewalt und Gewaltlosigkeit** klären. Darauf kommt das Gespräch im letzten Teil. Gaub plädiert für starke militärische Fähigkeiten. Der Krieg sei eine Tatsache der Welt, man müsse ihr ins Auge sehen und gerüstet sein. Die EU sei nach 1945 „die Oase der Gewaltfreiheit auf der Welt“ geworden. „Wir haben eine gewaltfreie Zone geschaffen. Aber wir haben übersehen, dass wir da in diesem Ausmaß die einzigen sind auf der Welt, und dass der Bezug zu Gewalt natürlich in Russland anders ist und in Amerika auch.“ Ergibt sich für die Fragesteller von *FuturZwei* die

Heikle Frage: Müssen wir wieder gewalttätiger werden?

[F. Gaub:] Nein, auf keinen Fall. Das Problem ist, dass wir speziell in Deutschland die Idee hatten: Wir denken einfach gar nicht mehr über Gewalt nach und dann passiert sie auch nicht. [...] Die Frage ist für mich: Wie können wir wehrhaft sein, ohne gewalttätig zu sein? Ich glaube, die Idee der Abschreckung, dass man sich verteidigen kann, das müssen wir zurückholen. [...] Der erste Schritt ist, sich überhaupt wieder vorstellen zu können, dass es Krieg geben kann. [...] Viele europäische Armeen sind auch gar nicht eingestellt auf einen konventionellen Krieg. Das ist nicht schön, aber wir müssen uns auch Szenarien einer böseren Welt überlegen und wie wir uns auf diese Welt vorbereiten.

Die Frage, die Gaub stellt: „Wie können wir **wehrhaft sein**, ohne gewalttätig zu sein?“ könnte weitergedacht und ausformuliert werden zu der **Frage der Agonistik**, für die die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe bekannt wurde: Wie kann eine „antagonistische“ Auseinandersetzung, die nicht ohne Gewalt lösbar erscheint, zu einem agonalen Konflikt entschärft werden? Das wäre die **Grundfrage** und der Berechtigungsausweis einer identitätslogisch reflektierten Theorie interkultureller Kommunikation. Wenn diese Entschärfung nicht gelingt, führt die unbedarfte Forderung nach „Wehrhaftigkeit“ in die Sackgasse gegenseitigen Aufrüstens.

Konsequent lautete die nächste Frage im Interview denn auch: „Das heißt aber, dass ich eine Atombombe brauche, wenn ich nicht will, dass ich eine abkriege?“ Eine auf diese Weise **gesteigerte Nachfrage nach Atombomben** billigt Gaub:

Na ja, was denken Sie, warum der Iran an einem atomaren Programm arbeitet? Seit der Irak von den USA besetzt wurde, haben sich einige Staaten in der Region gedacht: Der sicherste Weg, nicht besetzt zu werden, ist der Besitz einer Atombombe. Deswegen ist die Atombombe eine Waffe, die wirkt, wenn man nur damit droht, aber sie nicht einsetzt.

Die Schlussfolgerung, eine unkriegerische Behandlung der Konflikte zwischen Gruppen erfordere einen Gleichstand im Kriegsmaterial, kann eine identitätslogisch reflektierte Theorie interkultureller Kommunikation nicht befriedigen. Da bleibt Florence Gaub zu sehr Militärexpertin.

Quelle: taz FUTURZWEI N°21, Juni 2022 „Wir erklären den Krieg“

W

W₄/2022-1_2 16. Entwicklungs- politischer Bericht der Bundesregierung

Bundesentwicklungsminister GERD MÜLLER hat am 20. Oktober 2021 gemeinsam mit DAGMAR PRUIN, Präsidentin von *Brot für die Welt*, und EBERHARD BRANDES, geschäftsführender Vorstand des *World Wide Fund For Nature* (WWF), den 16. Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung vorgestellt. Minister Müller nannte die globalen Herausforderungen der Gegenwart wie Klimawandel, weltweite Flüchtlingsbewegungen und die Covid-19-Pandemie und forderte für die kommende Legislaturperiode ein verstärktes Engagement Deutschlands im Bereich der Entwicklungspolitik. „Wer zwei Prozent für Rüstung anstrebt, der muss sich auch für ein Prozent für Entwicklung und humanitäre Hilfe aussprechen“, äußerte sich der Minister. „Damit schaffen wir mehr Sicherheit in der Welt, verringern Fluchtursachen, schaffen Perspektiven vor Ort und leisten einen sehr wirksamen Beitrag für den globalen Klimaschutz“, so Minister Müller weiter. Um die Mittel für das Engagement aufzubringen, sollte eine **europaweite Finanztransaktionssteuer** eingeführt werden. Mit nur 0,01 Prozent, auch auf Transaktionen von hochspekulativen Derivaten, könnten europaweit jedes Jahr 60 bis 80 Milliarden Euro generiert werden. Diese könnten, führte der Minister aus, zur Bekämpfung des Hungers und für eine nachhaltige globale und gerechte Entwicklung weltweit eingesetzt werden.

Der Bericht steht unter www.bmz.de/de/aktuelles/entwicklungspolitischen-bericht-der-bundesregierung zum Download bereit.



Info: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Pressestelle, Stresemannstraße 94, 10963 Berlin, Tel. 030 / 18535-0; presse@bmz.bund.de, www.bmz.de

Quelle & Text: WUS-Rundbrief Bildungsauftrag Nord-Süd 109 (Nov. 2021), S. 4 [Anm. SSIP: In dem wus-Artikel ist der Name mit „Eberhardt Brandes“ irrtümlich falsch geschrieben. Eberhard Brandes hat den WWF inzwischen verlassen müssen (s. taz 23.5.2022, 16:10 Uhr, <https://taz.de/Ruecktritt-des-deutschen-WWF-Chefs/!5853456/>)].

_ Abschiebung _____ Armutsmigration _____ Asylsuchende _____ Ausländer
 _ Bleibeperspektive _____ Brennpunktschule _____ Care-Migration _____ Clankriminalität
 _ Diaspora _____ Diversität _____ Drittstaatsangehörige _____ Duldung _____ Ethnizität
 _ Fachkräfteeinwanderung _____ Fluchthilfe _____ Flüchtling _____ Gastarbeiter
 Ghetto/Ghettoisierung _____ Grenze _____ Herkunft _____ illegal/irregulär _____ Islamisierung
 Integration _____ interkulturell _____ Klimamigration/Klimaflucht _____ Leitkultur _____ Migration
 Migrationshintergrund _____ Multikulturalismus _____ Muttersprache _____ People of Color
 Pullfaktor _____ Postmigrantisch _____ Rasse/race _____ Rückkehr _____ Russlanddeutsch(e)
 _ Solidarität _____ Spätaussiedler _____ Transit _____ Transitzone _____ Vertreibung
 _ Willkommenskultur _____ Zweite Generation

W5/2022-1_2 Ein neues Begriffslexikon

Im *Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS)* der Universität Osnabrück ist ein neues Nachschlage- und Informationswerk erschienen: Das **Inventar der Migrationsbegriffe**. Entwickelt wurde es zwischen 2019 und 2021 in der ersten Förderphase der Nachwuchsgruppe „Die wissenschaftliche Produktion von Wissen über Migration“ am IMIS, die vom „Niedersächsischen Vorab“ der *Volkswagen-Stiftung* finanziert wurde.

Inken Bartels / Isabella Löhr / Christiane Reinecke / Philipp Schäfer / Laura Stielike / Maurice Stierl (Hrsgg.), *Inventar der Migrationsbegriffe*, ab 2022, <https://doi.org/10.25887/IDMB>

Anlass für dieses Projekt war die lange Debatte in Politik und Medien, Wissenschaft und Gesellschaft über die Gründe und Folgen grenzüberschreitender Mobilität. Die Begriffe und Kategorien, mit denen Menschen und ihre Mobilitäten bezeichnet, geordnet, zähl- und regierbar gemacht werden, sind keineswegs natürlich gegeben. Sie sind umstritten und haben ihre Vorgeschichten. Es scheint oft allzu selbstverständlich, dass und wie sich unterschiedliche Mobilitäten und mobile Menschen voneinander unterscheiden, etwa die Flucht von der Geschäftsreise oder der Gastarbeiter von der exilierten Wissenschaftlerin.

Das Inventar der Migrationsbegriffe ist ein interdisziplinäres Nachschlagewerk, das den Blick dafür schärft, wie migrationsbezogene Begriffe hergestellt worden sind, wie sie zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen zirkulieren und wie sich ihre Bedeutungen dabei ändern. Die Autoren und Autorinnen definieren zentrale Migrationsbegriffe nicht *ex cathedra*; vielmehr arbeiten sie ihren unterschiedlichen und umstrittenen Gebrauch heraus. Im veränderten Gebrauch und

in der Verbreitung neuer Begriffe – wie der Rede von „Bleibeperspektive“ oder von „Wirtschaftsflüchtlingen“ – verdichten sich übergreifende gesellschaftliche und kulturelle Wandlungsprozesse, meinen die Initiatoren. Konflikte entzünden sich am Gebrauch bestimmter Begriffe und können in die Verbreitung alternativer Sprechweisen münden.

Das Inventar verfolgt drei Ziele: Erstens leistet es einen Beitrag zu mehr sprachlicher Sensibilität in den aktuellen Auseinandersetzungen über Migration. Zweitens gibt es einen Einblick in gesellschaftliche Selbstverständigungsprozesse. Drittens möchte das Inventar die Leserinnen und Leser dazu motivieren, sich informiert und reflektierend in Diskussionen über Migration einzumischen.

Die Herausgeber haben sich bei der Auswahl der Begriffe an deren „Diskursmächtigkeit“, wie sie schreiben, an ihrer Praxisrelevanz und daran orientiert, dass sie aus Sicht der Migrationsforschung eine kritische Problematisierung in besonderer Weise erfordern. Das konnten kontroverse Begriffe wie „Integration“ oder „Rasse“ sein oder solche, die vermeintlich eindeutig erscheinen und deswegen in der Regel zu wenig kritisch hinterfragt werden, wie „Diversität“ oder „(freiwillige) Rückkehr“. Das Inventar ist eine stetig wachsende *Online-Plattform*, die regelmäßig um neue Begriffe ergänzt werden soll.

Quelle / Text: <https://www.migrationsbegriffe.de/>

SSIP_{1/2022-1,2} **Rücktritt im SSIP-Vorstand**

Über die Erklärung „Das Gemeinsame Haus Europa nicht aufgeben!“ (s.o. S.20f.) waren zwei SSIP-Vorstände einig mit der Maßgabe, dass sie eine Grundlage für weitere Diskussionen im SSIP sein solle. Das dritte Vorstandsmitglied, Prof. Dr. Dr. Ludwig, hat sich umgehend und kompromisslos gegen dieses Papier ausgesprochen und eine ausführliche Stellungnahme angekündigt, diese am Ende aber nicht eingebracht. Stattdessen hat er sein Amt als Stellvertretender Vorsitzender mit sofortiger Wirkung niedergelegt und ist aus dem SSIP ausgetreten.

In der nächsten Mitgliederversammlung wird eine Nachwahl stattfinden.

SSIP e.V. Mitglieder- Nachrichten

Bezug von *ika – interkulturell aktuell*

Haben Sie Interesse daran, *ika – interkulturell aktuell* regelmäßig zu lesen, auch ohne dafür eine Vereinsmitgliedschaft abzuschließen? Der SSIP hat auf seiner Mitgliederversammlung 2019 in Heidelberg diese Möglichkeit geschaffen. Entsprechende Anfragen nimmt die Geschäftsführung von SSIP gern entgegen. Sämtliche Kontaktdaten finden Sie im Impressum am Ende dieser Seite.

Impressum

interkulturell aktuell (SSIP-Mitteilungen)

Herausgeber: Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für Interkulturelle Perspektiven (SSIP) e.V.

Gesamtleitung: Armin Triebel, Berlin
Layout und Gestaltung: Gerd Ulrich Bauer,
Bad Vilbel

Die *ika – interkulturell aktuell* (SSIP-Mitteilungen) können Sie für einen Kostenbeitrag von 40,- € pro Jahr abonnieren. Die Mitgliedschaft im *Sozialwissenschaftlichen Studienkreis für Interkulturelle Perspektiven* e.V. in Höhe von jährlich 50,- € schließt das Abonnement ein. *ika – interkulturell aktuell* wird nach Wunsch als pdf-Datei oder als Druckausgabe verschickt.

© SSIP, 2022. Bitte zitieren Sie mit der Quellenangabe „SSIP-IKA“. – ISSN 2567-5907

Autorenkürzel:

AT Armin Triebel | GUB Gerd Ulrich Bauer |
JG Juliane Ganzel

Geschäftsstelle:

Wielandstr. 35
12159 Berlin
www.ssip-web.de

Tel.: +49 (0)30/8510339-0

Fax: +49 (0)30/8510339-1

Mail: mitteilungen@ssip-web.de

Bankverbindung:

GLS-Bank Bochum
IBAN: DE51 4306 0967 1218 6594 00
BIC: GENODEM1GLS

**Veröffentlichungen des
Sozialwissenschaftlichen Studienkreises
für interkulturelle Perspektiven e.V. (SSIP)**

SSIP-Beihefte

Triebel, Armin (Hrsg.): *Identitäten und interkulturelle Verständigung im Wirtschaftsleben.*
Beiträge der SSIP-Tagung in Potsdam am 27. September 2003. Berlin: SSIP 2004.
ISBN 3-932231-10-4 vergriffen

Triebel, Armin (Hrsg.): *Politik und Perspektiven. Der SSIP e.V. in der Bundesrepublik Deutschland.*
Festgabe Prof. Dr. Kurt Düwell. Berlin: SSIP 2007
ISBN 3-932231-12-0 lieferbar

Triebel, Armin (Hrsg.): *Sicherheit, Glauben und die Differenz in der Kultur. Drei Stellungnahmen.*
Berlin: SSIP 2015.
ISBN 978-3-932231-13-1 lieferbar

Das Beiheft 3 „Sicherheit, Glauben und die Differenz in der Kultur“ kostet für Mitglieder 7,- €, für Nicht-Mitglieder 9,50 € inkl. Versand im Inland. Auslandspost wird zusätzlich in Rechnung gestellt.

Bestellungen für die Beihefte werden an die Geschäftsstelle des SSIP erbeten:
Postadresse: Wielandstr. 35, 12159 Berlin, oder per E-Mail an mitteilungen@SSIP-web.de

**SSIP – Wissenschaftliche Buchreihe
Perspektivenwechsel interkulturell**

Lohmann, Markus: *Von der Entwicklungspolitik zur Armenhilfe: Die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1961–1989 auf dem Weg in die Wirkungslosigkeit?*
(Perspektivenwechsel interkulturell; 4), Berlin: Weißensee-Verlag 2010.
ISBN 978-3-89998-180-3

Triebel, Armin (Hrsg.): *Roswith Gerloff: Auf Grenzen. Ein Leben im Dazwischen von Kulturen.*
On the Border. An In-between Existence. (Perspektivenwechsel interkulturell; 5), Berlin:
Weißensee-Verlag 2016.
ISBN 978-3-89998-240-4

Triebel, Armin / Drea Fröchtling / Roswith Gerloff (Hrsg.): *Glaube über Grenzen hinweg.*
Faith across frontiers. (Perspektivenwechsel interkulturell; 6), Berlin: Weißensee Verlag 2018.
ISBN 978-3-89998-259-6

Triebel, Armin / Gerd Ulrich Bauer (Hrsg.): *Weltinnenpolitik – gestern und heute: 60 Jahre Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für interkulturelle Perspektiven (SSIP) 1959–2019.* (Perspektivenwechsel interkulturell; 7), Berlin: Weißensee Verlag 2023.
ISBN 978-3-89998-413-2